E+Z

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
E+Z
DEVELOPMENT AND COOPERATION
D+C

Internationale Zeitschrift

ISSN 2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2023 01

ÖKOSYSTEME
Forderungen traditioneller Gemeinschaften in Brasiliens Pantanal

STAATSSCHULDEN
Verbesserungsvorschläge für G20 Common Framework for Debt Treatment

PROTEST
Chinas Regime kehrt von seiner radikalen Null-Covid-Politik ab

Kollektive Traumata

INHALT

www.DandC.eu
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit
Inhaltsgleich: D+C Development and Cooperation

Editorial

3 **HANS DEMBOWSKI**
Historische Traumata untergraben die gemeinsame globale Zukunft

Magazin

4 **INTERVIEW MIT CLÁUDIA REGINA SALA DE PINHO**
Die Lebensweise traditioneller Gemeinschaften im brasilianischen Pantanal hängt vom lokalen Ökosystem ab

6 **BORO BASKI**
Während der Pandemie bekam die psychische Gesundheit in Indien viel zu wenig Aufmerksamkeit

8 **JOSÉ SIABA SERRATE**
Wie der Gemeinsame Rahmen für die Behandlung von Schulden der G20 zweckmäßig gestaltet werden kann

10 **ARJUNA RANAWANA**
Sri Lankas wirtschaftlicher Zusammenbruch ist das Ergebnis jahrelanger unverantwortlicher Regierungsführung

12 **ULRICH VOLZ**
Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden beginnen, sich den Herausforderungen der Klimakrise zu stellen

14 **OLAF HIRSCHMANN**
Bessere sanitäre Einrichtungen fördern die Gesundheit von Dorfbewohnerinnen und -bewohnern in Malawi

16 **DERRICK SILIMINA / IMPRESSUM**
Heutzutage: LGBTQI-Feindlichkeit in Sambia

Debatte

18 **MARVA KHAN**
Protestierende im Iran verdienen internationale Solidarität

19 **BERTHOLD KUHN**
Warum Chinas Kehrtwende in der Coronapolitik das Ansehen von Präsident Xi Jinping langfristig stärken kann

Schwerpunkt: Kollektive Traumata

21 **ZENZELE NDEBELE UND BHEKIZULU TSHUMA**
Vor vierzig Jahren verfolgte die ZANU die ZAPU in Matabeleland in Simbabwe

23 **BABA G. JALLOH**
Wie Gambias Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Wiedergutmachung die Nation vorangebracht hat

25 **ROUSBEH LEGATIS**
Journalismus spielt eine wichtige Rolle in Friedensprozessen, daher müssen Medienschaffende Verantwortung übernehmen

27 **SUPARNA BANERJEE**
Die aggressive Identitätspolitik in Indien und Pakistan ist ein Erbe der britischen Kolonialherrschaft

30 **SUPARNA BANERJEE**
Hannah Arendts Buch „Eichmann in Jerusalem“ erklärt erschreckende Aspekte totalitärer Herrschaft

32 **ROSELYN DAVINA VUSIA**
Warum sich Uganda großzügig gegenüber traumatisierten Geflüchteten zeigt

SCHWERPUNKT

Kollektive Traumata

Wenn sich eine Gesellschaft nicht mit den Gräueltaten der Vergangenheit auseinandersetzt, kann dies zu immerwährenden Spannungen führen. Die Öffentlichkeit muss die Ursachen der Gewalt und die Verantwortlichen nennen. Nur so kann gegenseitiges Vertrauen entstehen – eine Voraussetzung für gute und verlässliche Institutionen. Wo hingegen die Wunden der Vergangenheit weiter schmerzen, ist eine friedliche Zukunft unwahrscheinlich.

Titelseite: Eine Betroffene umarmt ihre Anwältin nach einer Anhörung der Wahrheitskommission in Gambia.
Foto: picture alliance/Reuters/Christophe van der Perre

Unser Schwerpunkt zum Thema kollektive Traumata beginnt auf Seite 20. Er hat direkten Bezug zum 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Bild: Holodomor-Mahnmal in Kiew.

Alte Traumata gefährden Zukunft

Zwei Monate bevor russische Truppen im Februar 2022 in die Ukraine einmarschierten, wurde in Moskau die zivilgesellschaftliche Organisation Memorial verboten. Es gibt einen systematischen Zusammenhang.

Memorial informierte Menschen über Russlands totalitäre Vergangenheit. Für Präsident Wladimir Putin gleicht aber Auskunft über den Stalinismus westlicher Propaganda. In seiner paranoiden Weltsicht ist Russland eine glorreiche Nation mit einem Problem: der ständigen westlichen Ablehnung.

Putins Nationalismus schert sich nicht um das Wohlergehen des Volkes. Junge Männer dienen als Kanonenfutter, genießen aber keine Redefreiheit. Seit Peter dem Großen vor 300 Jahren haben russische (und sowjetische) Regierungschefs ähnlich gedacht. Sie setzten sich selbst mit dem Staat gleich, dehnten ihre Macht möglichst aus und kümmerten sich wenig um die Not der Menschen, die sie in öffentlichen Angelegenheiten nicht mitreden ließen. Weil die Folgen despotischer Herrschaft nie systematisch angegangen wurden, prägt Angst vor dem repressiven Staat die russische Kultur bis heute.

Individuelle Leben interessieren Putin nicht. Ihm kommt es auf die Macht des Kremls an. Dafür bringt er so viele ukrainische Zivilisten um und opfert so viele russische Soldaten. Niemand soll sich an die mörderische, von Stalin vor 80 Jahren verursachte Hungersnot („Holodomor“) in der Ukraine erinnern, aber Putin greift selbst zu genozidaler Gewalt. Er besteht darauf, die Ukraine gehöre zu Russland und habe keine eigene Kultur.

Kollektive Traumata müssen aufgearbeitet werden, wenn sie nicht zu immer neuem Leid führen sollen. Dafür war 2022 der Ukrainekrieg das schlimmste Beispiel. Leider sind viele historische Wunden auch andernorts noch offen. Damit sich das ändert, müssen Verbrechen öffentlich benannt, die Ursachen untersucht und ein Mindestmaß an Versöhnung erreicht werden. Wenn das nicht geschieht, blühen Verschwörungstheorien, wobei das Leid der jeweils eigenen Gemeinschaft betont wird und andere Gemeinschaften zu Sündenböcken gemacht werden.

In ehemaligen Kolonien ist die Lage besonders schwierig. Anführer von Befreiungskämpfen neigen dazu, nach dem Sieg das befreite Land als ihr persönliches Lehen zu betrachten. Allzu oft meiden sie Rechenschaftspflichten und agieren repressiv. Sie haben ihr Land von der Kolonialmacht befreit, aber nicht von den autoritären Haltungen, die diese mitbrachte.

In der heutigen Polykrise ist aggressive Identitätspolitik besonders gefährlich. Für globale öffentliche Güter – wie etwa Frieden, Umweltschutz, Ernährungssicherheit, stabile Finanzarchitektur oder Seuchenschutz – brauchen wir internationale Zusammenarbeit. Von Regierungen, die uneingeschränkte Macht im Inland mit dem Gemeinwohl verwechseln, sind Beiträge zum globalen Gemeinwohl kaum zu erwarten. Ohnehin verdient, wer die historische Wahrheit scheut, kein Vertrauen.

Meist plagen historische Traumata nur das jeweilige Land. Schlimmstenfalls bedrohen sie jedoch die ganze Menschheit. Nach vermeintlichen Demütigungen im Ersten Weltkrieg startete Nazideutschland den noch verheerenderen Zweiten Weltkrieg.

In Putins Angriffskrieg bleiben militärische Auseinandersetzungen bislang auf die Ukraine und zum kleinen Teil auf Russland selbst beschränkt. Die Folgen sind dennoch global. Die heftigen Turbulenzen auf Energiemärkten sind ein Grund, warum der Klimagipfel in Scharm el-Scheich nicht mehr erreicht hat. Wenn Regierungen kurzfristig Kosten minimieren müssen, tun sie sich schwer damit, mittelfristige Transformationspflichten einzugehen, die für das langfristige Wohl der Menschheit unerlässlich sind.

HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Foto: picture-alliance/AA/Andre Luis Alves

Baba G. Jallow ist gambischer Journalist und Historiker. Er wurde kürzlich als Roger-D.-Fisher-Fellow für Verhandlung und Konfliktlösung an die Harvard Law School eingeladen. In dieser Ausgabe berichtet er über seine Erfahrungen als Leiter der Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Wiedergutmachung in Gambia (Seite 23). Eine ihrer wichtigsten Aufgaben war, dabei zu helfen, die postkoloniale Mentalität zu überwinden, von der der Diktator Yahya Jammeh profitiert hatte.

Alle Schwerpunkttexte erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie auch weitere Beiträge zum Thema finden werden.

Das Pantanal beherbergt eine große Artenvielfalt, unter anderem den Paraguay-Kaiman.

ÖKOSYSTEME

Eine Zukunft für das Pantanal

Am Dreiländereck von Brasilien, Bolivien und Paraguay liegt das weltweit größte Binnenland-Feuchtgebiet: das Pantanal. Es ist halb so groß wie Deutschland und beherbergt eine enorme Artenvielfalt. Allerdings bedroht immer stärkere landwirtschaftliche Nutzung das ökologische Gleichgewicht. Die brasilianische Biologin und Umweltwissenschaftlerin Cláudia Regina Sala de Pinho erklärt den Zusammenhang zwischen Biodiversität, Landwirtschaft und traditionellen Gemeinschaften in der Region.

Cláudia Regina Sala de Pinho im Interview mit Lisa Kuner

Sie stammen aus einer traditionellen Gemeinschaft im Pantanal und haben sich als Wissenschaftlerin intensiv mit der Region beschäftigt. Wie leben die Menschen in diesem Naturraum?

Die meisten leben in traditionellen Gemeinschaften und bezeichnen sich selbst kollektiv als „Pantaneiros“. Viele von ihnen sind – wie auch ich selbst – eine Mischung aus Schwarzen und Indigenen. Ihre Lebensweise ist untrennbar verbunden mit der Flut und der Trockenheit der Region. Wie genau die Gemeinschaften leben, hängt davon ab, wo im Pantanal sie ansässig sind. Manche leben von der Fischerei, andere von familiärer Landwirtschaft, wieder andere vom Sammeln von Nüssen oder Früchten.

Können sich die Gemeinschaften damit selbst versorgen?

Vor einigen Jahren war das noch stärker der Fall. Die Klimaerwärmung und andere Faktoren verändern die Zyklen der Wasserversorgung im Pantanal, das ist ein Problem. Gerade die Menschen, die traditionell von familiärer, kleinbäuerlicher Landwirtschaft leben, können sich aber durchaus zu großen Teilen selbst versorgen. Der Anbau ist meist sehr divers: Die Menschen hegen Gärten mit Gemüsebeeten und sie pflanzen Mais, Manjok und andere Sorten für den täglichen Bedarf an. In der Regel bestellen sie nicht jedes Jahr dasselbe Stück Land, sondern wechseln. Das ist nachhaltig, weil sich so der Boden erholen kann und keine neuen Flächen entwaldet werden müssen.

Welche Rolle spielen große Sojaplantagen, von denen es in der Region immer mehr gibt?

Meistens handelt es sich dabei um Monokulturen, das ist schlecht für die Biodiversität. Diese größeren Farmen bedrohen auch die kleinbäuerliche Lebensweise: zum einen, weil sie viel günstiger produzieren können, zum anderen, weil sie im großen Stil Land für ihre Plantagen aufkaufen. Insbesondere im vergangenen Jahrzehnt wurden für landwirtschaftliche Nutzflächen auch Regionen sehr nahe am Pantanal abgeholzt. Das führt direkt zum Verlust von Artenvielfalt. Die Sojaplantagen setzen außerdem große Mengen an Pestiziden ein. In einer Gemeinde nahe der Kleinstadt Poconé haben wir sie bereits im Boden nachgewiesen. Das hat Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Aber die Pestizide beeinflussen auch die Ernährungssicherheit, denn mit den Giftstoffen im Boden wächst oft außer Soja fast gar nichts mehr.

Mit welchen Herausforderungen haben traditionelle Gemeinschaften zu kämpfen?

Es gibt sehr viele. Eine der größten ist die fehlende Anerkennung und Sichtbarkeit. Das gilt für ganz Brasilien und speziell im Pantanal. Zwar gibt es den nationalen Rat der traditionellen Völker und Gemeinden, der ein gewisses Mitspracherecht ermöglicht. Dennoch ist es für diese Gemeinschaften noch immer sehr schwierig, politisch wahrgenommen zu werden. Außerdem breiten sich hier im Pantanal immer mehr Unternehmen aus. Zusätzlich zu der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung werden auch immer mehr Wasserkraftwerke gebaut.

Inwiefern beeinträchtigt das traditionelle Gemeinschaften?

Keines dieser Projekte nimmt Rücksicht auf sie. Wir kämpfen deshalb dafür, dass die Menschen an den Entscheidungen in der Region teilhaben können. Laut der Konvention 169 der ILO (International Labour Organization – Internationale Arbeitsorganisation) haben traditionelle Gemeinschaften das Recht, in allen Prozessen, die sie und ihre Lebensweise oder ihr Land beinträchtigen könnten, gehört zu werden. Ein Beispiel: Viele der traditionellen Gemeinden leben vom Fischfang. Der Bau von Wasserkraftwerken beeinflusst den Wasserstand in den Flüssen und damit die Möglichkeit zu fischen. Durch den künstlichen Eingriff in den Wasserstand ist es für die Gemeinden unvorhersehbar geworden, wann man gut fischen oder anbauen kann und wann die

Foto: picture-alliance/blickwinkel/U. Walz

Flut kommt. Anfang 2022 wurde etwa die Gemeinde Porto de Limão plötzlich geflutet, weil ein Wasserkraftwerk das angestaute Wasser abgelassen hat. Fluten sind im Pantanal zwar normal – aber eigentlich kommen sie vorhersehbar mit der Regenzeit. Auf diese Flut waren die Bewohnerinnen und Bewohner nicht vorbereitet, sie hat die ganze Aussaat ruiniert. Das hat die öffentliche Hand aber nicht wirklich interessiert.

Abgesehen von direkter Hilfe – weshalb ist es auch auf übergeordneter Ebene wichtig, die traditionelle Lebensweise von Pantaneiros zu schützen?
Weil das zugleich bedeutet, die Biodiversität zu schützen und damit unsere gemeinsame Heimat, das Pantanal. Die verschiedenen Gemeinden hier kennen das Pantanal besser als alle anderen. Sie wissen, dass ihre Lebensweise von einem intakten Ökosystem abhängt, also bewahren sie es. Sie sind die Hüter dieser Region. Das ist nichts Neues: Das Pantanal existiert heute nur so, weil es in den vergangenen Jahrhunderten Menschen gab, die darin arbeiteten, auf seinen Flüssen fuhren und dort ihr Leben gelebt haben – immer unter Berücksichtigung der Gezeiten. Wenn wir also heute darüber sprechen, dieses Ökosystem zu bewahren, dann bedeutet das primär auch, die Lebensweisen der Menschen hier zu bewahren und sie zu stärken, damit sie sich auch in Zukunft um das Pantanal kümmern können.

Außenstehenden kann es so vorkommen, als übernähmen Frauen in den Gemeinschaften des Pantanals besonders häufig Führungsrollen. Ist das so?
Ja, die Mehrheit der Gemeinschaften wird von Frauen angeführt, viele sind matriarchal organisiert. Früher war meine Großmutter die Anführerin der Gemeinschaft, aus der ich komme. Heute ist es meine Tante. Viele Frauen hier sorgen für ihre Familien, aber auch für die Gemeinschaften und die Region insgesamt. Mir wurde von meiner Mutter beigebracht, mich aktiv einzubringen. „Geh und mach", hat sie oft zu mir gesagt – und dass meine Stimme genauso wichtig sei wie die irgendeiner anderen Person.

Wie setzen Sie sich für die Menschen im Pantanal ein?
Ich spreche mit den Gemeinschaften, nehme ihre Anliegen auf und trage sie in die Politik, damit Instrumente entwickelt werden können, die wiederum den Gemeinschaften helfen.

Indigene auf der paraguayanischen Seite des Pantanal demonstrierten 2017 dagegen, dass die Regierung ihnen Land weggenommen hat.

Was motiviert Sie persönlich?
Meine Motivation rührt zweifellos daher, dass im Pantanal meine Wurzeln liegen. Davon abgesehen weiß ich aber auch, dass wir dieses Ökosystem und die Menschen darin wertschätzen müssen, damit es weiter existieren kann. Meine Arbeit ist in dem ganzen Prozess nicht mehr als ein Tropfen im Rio Paraguay, einem der großen Flüsse im Pantanal. Nur weil viele Leute zusammenarbeiten, können wir auch etwas erreichen.

Auf welche Erfolge können Sie zurückblicken?
Ein Erfolg war, dass die hier ansässigen traditionellen Gemeinschaften 2008 in das Gesetz des Pantanals aufgenommen wurden. Das garantiert viele unserer Rechte.

Gab es auch Rückschläge?
Ja, vor allem unter der nun abgewählten Regierung von Jair Bolsonaro. Viele Programme zur Unterstützung der Menschen hier wurden ausgesetzt, zum Beispiel das Programm für ländliches Wohnen. Es sollte den Menschen helfen, angemessenen Wohnraum zu bekommen. Wir waren gerade dabei, die Daten dafür zu erheben, als es ausgesetzt wurde. Auch viele Programme rund um das Thema Ernährungssicherheit, die geholfen haben, dass die Menschen hier wohnen bleiben konnten, wurden gestrichen. Früher gab es auch Programme, die Saatgut verteilt oder Biolandwirtschaft gefördert haben. Sie liegen jetzt alle auf Eis. Außerdem sind die Subventionen für die Förderung von lokalen Wertschöpfungsketten zurückgegangen. Früher wurden zum Beispiel das Sammeln der Barunuss, einer lokalen Nussart, oder die Ölgewinnung aus der Babassupalme unterstützt. Speziell die Programme, die kleinbäuerliche Betriebe unterstützt haben, wurden abgeschafft.

Haben Sie Hoffnung, dass die neu gewählte Regierung unter Lula da Silva die traditionellen Gemeinden in der Region besser im Blick hat?
Ja, ich habe Hoffnung, dass wir einige der Rückschritte wieder rückgängig machen können. Ich hoffe, dass die neue Regierung die Minderheiten wieder besser auf dem Schirm hat und sich für sie und ihre Lebensweisen einsetzt.

CLÁUDIA REGINA SALA DE PINHO
ist Biologin und Umweltwissenschaftlerin und stammt aus einer traditionellen Pantaneiro-Gemeinschaft. Bis vor kurzem koordinierte sie den nationalen Rat der traditionellen Völker und Gemeinden in Brasilien.
claudiapantanal77@gmail.com

Foto: picture-alliance/Zoonar/Julian Peters

COVID-19

Auch psychische Gesundheit zählt

Als vergangenes Jahr in Indien die verheerende zweite Welle der Pandemie einsetzte, lag unser Autor als Corona-Patient in der Klinik. Dort mangelte es aus seiner Sicht vor allem an psychosozialer Unterstützung und menschlicher Empathie.

Von Boro Baski

Mitte April 2021 kämpfte ich um mein Leben. Ich lag in einem Corona-Bett in der Trauma-Unit einer öffentlichen Klinik in Singur, einer kleinen Stadt bei Kalkutta. Damals tobte in Indien die tödliche zweite Corona-Welle.

Ich hatte Glück, dass die Klinik mich aufnahm. Einer meiner Freunde ist Arzt in Kalkutta und half mir. In der Klinik gab es medizinisches Personal und Sauerstofflaschen, die Lage war also relativ gut.

Dennoch beobachtete ich täglich den Abtransport von Leichen aus meiner Station. Oft starben die Patientinnen und Patienten nicht, weil Personal oder Sauerstoff gefehlt hätten, sondern mangels menschlicher Anteilnahme.

Ich erinnere mich an einen Patienten Ende 60. Eines Tages hatte er schwere Atemprobleme und bekam sofort Sauerstoff. Er war zu schwach, um sich eigenständig zu bewegen. Der Tag verlief gut, aber am nächsten Morgen lag er tot unter seinem Bett. Er hatte wohl versucht, an seine Sauerstoffmaske zu kommen, als er seinen letzten Atemzug machte. Man fand die Maske direkt neben ihm. Er hatte sie offenbar verloren, als er aus dem Bett fiel. In der Nacht war niemand da, um ihm zu helfen. Wir anderen im Zimmer schliefen oder fieberten vor uns hin – vom Pflegepersonal war keiner da.

Solch tödliche Vernachlässigung hat mehrere zusammenhängende Gründe. Das Klinikpersonal hatte viel zu tun, einige waren völlig erschöpft. Möglicherweise war der Nachtdienst unterbesetzt. Ein Teil des staatlichen Personals in Indien ist zudem nicht sehr kompetent und auch nicht gerade hochmotiviert. Wer politische Kontakte und Einfluss hat, wird tendenziell besser behandelt. Auch Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen spielt eine Rolle. Menschen zeigen sich gern solidarisch mit Menschen aus ihrer eigenen sozialen Gruppe, aber nicht zwingend mit anderen.

Andere wiederum trauen nicht einmal ihrer eigenen Familie. Einmal wurde ein älterer Corona-Patient in meiner Klinik gefragt, warum er so viel Geld dabeihabe. Er sagte, seine Familie habe ihn so verabschiedet, als käme er nicht mehr lebendig heim. Also nahm er sein ganzes Geld mit – für den Notfall. Das heißt, er war darauf vorbereitet, Schmiergeld zu zahlen. Wie es mit ihm weiterging, weiß ich nicht, weil ich kurz darauf in eine andere Klinik verlegt wurde.

Boro Baskis Krankenstation.

Foto: Boro Baski

BEEINTRÄCHTIGTES SOZIALLEBEN

Die Pandemie hat viele Ängste geschürt und Keile zwischen die Menschen getrieben. Nach meiner Entlassung erholte ich mich in der kleinen Stadt Bandel, wo ich mit meiner Frau und meinen Töchtern lebe. Als mich der Corona-Krankenwagen heimbrachte, musste ich über den Hintereingang ins Haus, um die Nachbarn nicht in Panik zu versetzen.

Natürlich sprach es sich trotzdem herum, und manche reagierten seltsam. Sie vermieden zum Beispiel Augenkontakt, selbst von Weitem. Offenbar hielten sie mich auch nach meiner Entlassung noch für ansteckend.

Angst und Unwissenheit beeinträchtigten also das Sozialleben. Vielen war offenbar egal, dass es durchaus strikte Quarantäneregeln gab. Als Klinikpatient war ich von der Außenwelt abgeschottet. Meine Frau durfte mich nicht besuchen, versuchte es aber täglich. Zu wissen, dass sie draußen wartete und mich sehen wollte, tat mir sehr gut. Auch dank ihrer psychischen Unterstützung konnte ich die Krankheit bewältigen.

Ich hatte typische Long-Covid-Symptome, fühlte mich wochenlang schwach, kam schnell außer Atem und schlief schlecht. Ich hatte Verdauungsprobleme und starke Stimmungsschwankungen. Schließlich merkte ich, dass ich langsamer reagierte, wenn Leute mich ansprachen, ob direkt oder am Telefon. Freunde und Familie sagten, ich sei vergesslich geworden. Mein geistiger Verfall begann mir Sorgen zu machen. Langsam wurde es schließlich besser, aber es dauerte.

Sowohl staatliche Stellen als auch zivilgesellschaftliche Organisationen haben Corona-Betroffenen und ihren Familien sehr geholfen. Sie verteilten etwa Sauerstofflaschen und kostenlose Lebensmittel an Bedürftige, auch in unserem Umfeld.

Allerdings mangelte es an psychologischer Betreuung und menschlichem Einfühlungsvermögen.

Ich komme aus dem Santal-Dorf Bishnubati. Wir Santal sind eine marginalisierte ethnische Minderheit und gehören zu den Adivasi.

Anfangs hielt ich meine Corona-Erkrankung vor der Dorfgemeinschaft geheim. Ich wollte keine Angst schüren. Aber als sie davon erfuhren, wollten nicht nur meine Eltern, sondern das ganze Dorf, dass ich nach Hause komme. Sie hatten keine Angst davor, dass ich sie anstecken würde.

Das liegt daran, dass die Pandemie unser Dorf weitgehend verschont hat. In Bishnubati und auch im benachbarten Santal-Dorf Ghosaldanga ist niemand an Corona gestorben.

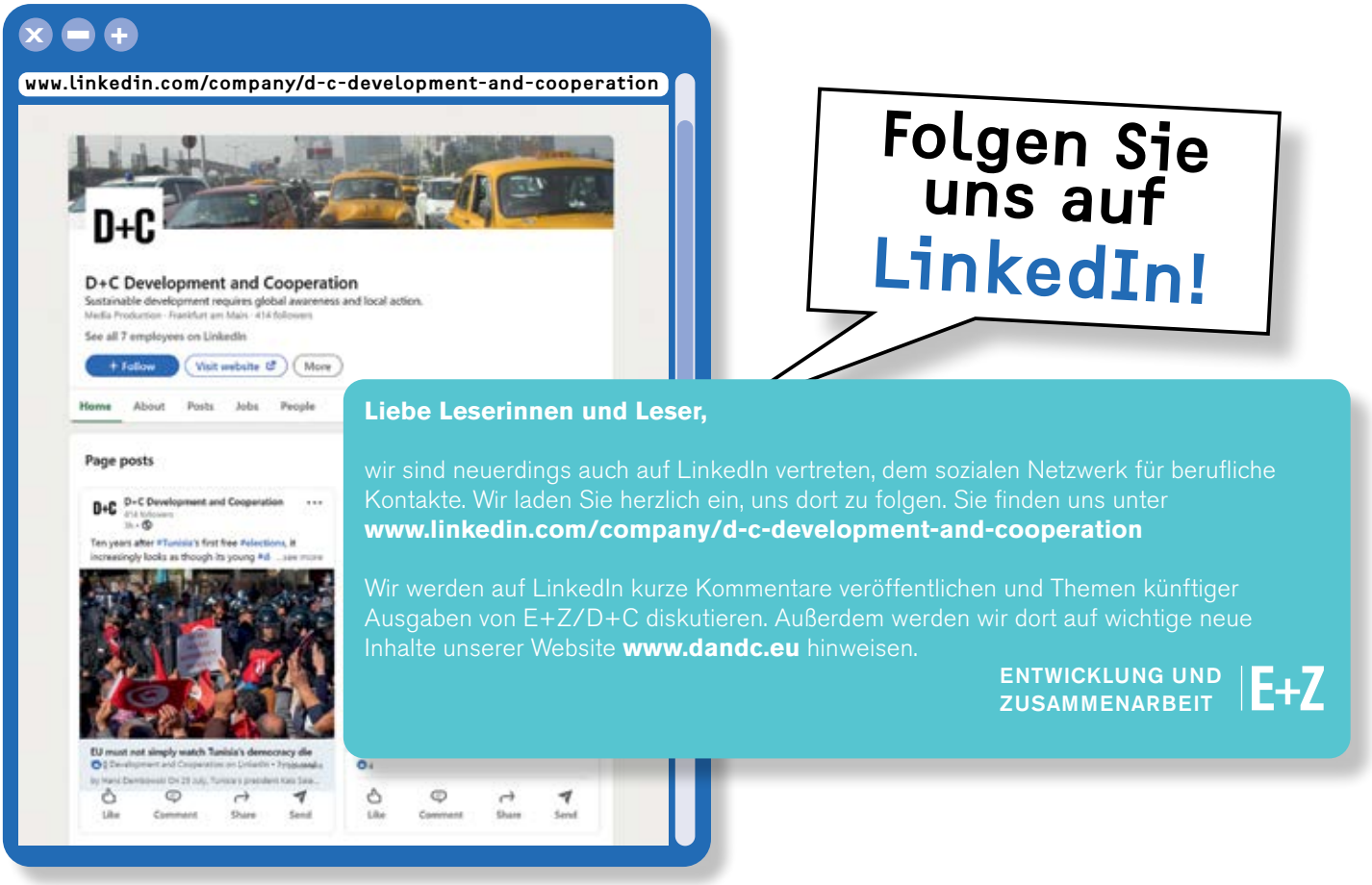
Tatsächlich war unser Distrikt weniger stark betroffen als viele andere Teile Indiens. Die offiziellen Zahlen sind allerdings umstritten, und es ist unmöglich, die tatsächlichen Infektionszahlen zu beziffern. Das liegt vor allem daran, dass auf dem Land weniger getestet wurde als im städtischen Raum, insbesondere auch aus Kostengründen.

Doch auch ohne offizielle Statistiken lässt sich feststellen, dass es in unserer Gegend kaum Tote gab. Die Landwirtschaft und andere tägliche Aktivitäten liefen in unseren Dörfern normal weiter. Allerdings gab es weniger Austausch mit der nahe gelegenen Stadt Bolpur. Die relativ gelassene Haltung in unseren Dörfern ist dennoch erstaunlich, zumal die Pandemie andernorts regelrecht traumatisch verlief.

Ein Grund dafür ist meiner Meinung nach unser Umgang mit Social Media und Fernsehen. Diese waren wichtig, um die Menschen auf das Coronavirus aufmerksam zu machen. Aber sie verbreiteten auch Falschinformationen und schürten Ängste. Natürlich sind digitale Medien auch in unseren Dörfern sehr populär, aber Agitation und sensationslüsterne Nachrichtensendungen beachten die Leute nicht weiter. Da wir nicht Teil der Mainstream-Gesellschaft sind, gehören wir auch nicht zur typischen Zielgruppe von Social Media oder Meinungsmache im Fernsehen. Hier interessieren sich die Leute mehr für Sport, Musik und andere Unterhaltung.

Wichtig ist auch das starke Solidaritätsgefühl in den Dorfgemeinschaften. Wir Santal halten die physische und mentale Unterstützung von Familie und Freunden in Krisen für zentral. Solche psychologischen Aspekte sind besonders wichtig in marginalisierten Gemeinschaften, die oft keinen Zugang zu moderner Medizin haben. In unserer Region hat sich viel verbessert, aber viele Santal haben nicht die notwendigen Dokumente, um Zugang zu staatlichen Einrichtungen zu bekommen. In schwierigen Zeiten müssen wir uns aufeinander verlassen.

BORO BASKI
arbeitet für die lokale Organisation Ghosaldanga Adibasi Seva Sangha in Westbengalen.
borobaski@gmail.com



Die G7 spielen eine wichtige Rolle – Spitzentreffen in Bali im November.

GLOBAL GOVERNANCE

Keine Zeit zu verlieren

Wenn Staatsschulden nicht mehr tragbar sind, werden sie irgendwann umstrukturiert. Das zeigt die Geschichte. Heute ist die große Herausforderung, das G20 Common Framework for Debt Treatment zu verbessern, damit alle Länder aktuelle Krisen bewältigen können. Hohe Verschuldung hindert viele daran.

Von José Siaba Serrate

Als Reaktion auf die Corona-Pandemie setzten die G20 (Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften) den Schuldendienst für Länder mit niedrigen Einkommen aus (Debt Service Suspension Initiative – DSSI). Von Mai 2020 bis Dezember 2021 mussten 73 Länder entsprechend weder Zinsen zahlen noch Schulden tilgen. Es ging insgesamt um 12,9 Milliarden Dollar.

Das DSSI war hilfreich, löste aber keine dauerhaften Probleme. Laut Weltbank mussten die weltweit ärmsten Länder im Jahr 2022 Schuldendienste in Höhe von 35 Milliarden Dollar zahlen – an multilaterale, staatliche und private Institutionen. Mehr als 40 Prozent davon entfielen auf China, dem inzwischen größten bilateralen Gläubiger.

Um angesichts wachsender Probleme mehr zu tun, riefen die G20 den gemeinsamen Rahmen für die Behandlung von Schulden (CF – Common Framework for Debt Treatment) ins Leben. Es ist der einzige multilaterale Mechanismus für Schuldenerlass und -umstrukturierung. Ein internationales System zur systematischen Behandlung von Staatsinsolvenzen wäre sicherlich besser – eine Idee, die die Ampelkoalition in Deutschland unterstützt. Bislang gibt es jedoch nur den CF, der noch nicht viel gebracht hat. Nur drei Länder – Tschad, Äthiopien und Sambia – haben ihn in Anspruch genommen, und keine Umschuldung wurde erreicht.

Mehr ist nötig. Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) waren 60 Prozent der Länder mit niedrigen Einkommen Anfang 2022 von Schuldenproblemen bedroht oder betroffen. Das waren doppelt so viele wie 2015. Obendrein beschränken nun steigende Zinsen den fiskalischen Spielraum vieler Staaten (siehe André de Mello e Souza auf www.dandc.eu).

Diese Staaten sind nicht in der Lage, angemessen auf die Vielzahl an Krisen zu reagieren, welche die Menschheit bedrohen. Wenn jetzt nicht schnell gehandelt wird, macht das künftig aber noch schwierigere und teurere Maßnahmen nötig. Der CF in seiner jetzigen Form kann die Probleme nicht lösen. Den Anwendungsbereich zu erweitern wäre sinnvoll, denn auch Länder mit mittleren Einkommen haben Schuldenprobleme. Sie dürfen nicht unter langwierigen Liquiditätsproblemen oder gar Insolvenz leiden.

Zudem befassen sich sowohl das DSSI als auch der CF bisher nur mit bilateralen Forderungen von Staaten. Private Darlehen sind aber auch wichtig. Wenn private Geldgeber bei Umschuldungen nicht mitmachen, werden Lasten nicht gerecht verteilt, und die Versuchung des „Trittbrettfahrens“ bleibt groß – also von gemeinsamen Maßnahmen zu profitieren, ohne dazu beizutragen.

Auch für die Zusammenarbeit des CF mit internationalen Finanzinstitutionen sind klare Leitlinien erforderlich. Der IWF gewährt Notkredite an Regierungen, die mit privaten und bilateralen Darlehen im

Foto: picture-alliance/EPA/FIRDIA LISNAWATI/POOL

Rückstand sind. Das sollte er auch dann weiter tun, wenn diese Regierungen um eine Umstrukturierung bitten und mit dem CF und anderen Gläubigern Verhandlungen aufnehmen. Die G20 könnten zudem die allgemeine Aussetzung des Schuldendienstes empfehlen, während solche Verhandlungen laufen. Dies würde auch für Kredite des Privatsektors gelten und so einen Anreiz für breite Beteiligung bieten.

Eine Stärke des CF ist, dass er die Mitglieder des Pariser Clubs mit anderen Gläubigern, insbesondere China, zusammenbringt. Er ist ein Format, in dem Geberländer ihre Schuldenpolitik koordinieren. Als einziges Schwellenland gehört bislang Brasilien zum Pariser Club. Alle G20-Mitglieder, die Kredite an ausländische Regierungen vergeben, sollten ihm beitreten.

Der CF könnte so zu einem Instrument werden, der sämtliche Gläubiger in Umstrukturierungsprozesse einbezieht und koordiniert, und zwar auch privatwirtschaftliche Geldgeber. Leider hat der CF bislang kein Mittel, um diese zur Teilnahme zu bewegen. Das ist kontraproduktiv, weil alle Gläubiger – nicht nur CF-Mitglieder – Gleichbehandlung verdienen.

Dem CF fehlen auch geeignete Methoden, um Forderungen und Pflichten verschiedener Gläubiger miteinander zu vergleichen. Vergleiche sind schwierig, weil eine riesige Bandbreite von Gläubigern Kredite an souveräne Staaten gibt. Sie umfasst staatliche, halbstaatliche und private Kreditgeber mit jeweils unterschiedlichen gesetzlichen Vorgaben. Auch die Vielfalt der Vertragsvereinbarungen ist riesig. Manche Kredite werden zu Marktkonditionen gewährt, andere zu Vorzugsbedingungen.

Erschwerend kommt hinzu, dass manche Verträge nicht öffentlich bekannt sind. Intransparenz macht es schwer, Gläubiger zu koordinieren. Sie haben viele Blockademöglichkeiten, und Trittbrettfahren ist schwer zu verhindern. Um die Transparenz zu erhöhen, sollten sowohl Schuldner als auch Gläubiger alle relevanten Informationen über Darlehen, Geldbeträge, Konditionen und Garantien einer glaubwürdigen internationalen Institution mitteilen, die beispielsweise beim IWF angesiedelt sein könnte.

Wären die Informationen sogar einer breiten Öffentlichkeit zugänglich, hätte das positive Auswirkungen auf Regierungsführung, Haushaltsdisziplin und angemessenes Risikomanagement. Mehr Transparenz würde jedenfalls solidem Schuldenmanagement dienen. Je besser der CF für Transparenz sorgt, desto stärker dürfte langfristig die Kreditvergabepolitik werden. Kurzfristig ist Transparenz erforderlich, um Schulden auf gerechte Weise umzustrukturieren.

Die Energiewende eilt: Windpark in Tunesien.

WAS DIE G7 TUN SOLLTEN

Die G7 (Gruppe der führenden Länder mit hohen Einkommen) sollten in dem Prozess eine Führungsrolle übernehmen. Sie können für eine gerechte Verteilung der Lasten sorgen und Anreize für unkooperatives Verhalten minimieren. Insbesondere könnten sie ihr jeweiliges nationales Recht gemeinsam weiterentwickeln, um Trittbrettfahren zu erschweren und multilaterale Umschuldung zu erleichtern.

Ein gutes Beispiel ist der Debt Relief Act 2010, den das britische Parlament im Jahr 2010 verabschiedete. Es zwang dort ansässige private Gläubiger, sich an den multilateralen Vereinbarungen zum Schuldenerlass für HIPCs (heavily indebted poor countries – hochverschuldete arme Länder) zu beteiligen.

Nützlich wären obendrein verbindliche Klauseln für kollektives Handeln (CACs – collective action clauses) in den Kreditverträgen. Sie könnten es Gläubigern unmöglich machen, sich Umschuldungsverhandlungen zu verweigern. Auch multilaterale Finanzinstitutionen sollten Verantwortung übernehmen. Die Weltbank könnte beispielsweise während Umstrukturierungsverhandlungen mit Garantien das Gläubigervertrauen stärken.

Der IWF spielt ohnehin eine zentrale Rolle. Er sollte das System der Schuldentragfähigkeitsanalyse (DAS – Debt Sustainability Analysis) aktualisieren und es an Klimazielen sowie den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ausrichten. Außerdem sollten seine Programme die Gläubiger von der Tragfähigkeit solider Wirtschaftspolitik überzeugen. Schuldenerlasse dürfen nämlich nicht dazu führen, dass schnell wieder übermäßige Kredite aufgenommen werden.

Einen klugen Vorschlag machten Anna Gelpern, Sean Hagan und Adnan Mazarei (2020): Die G20 sollten eine Koordinierungsgruppe für Staatsschulden einrichten, der sowohl staatliche als auch private Gläubiger angehören. Auch ohne rechtliche Zuständigkeit könnte sie Gläubiger zusammenbringen, Information weitergeben und Verhandlungen somit erleichtern.

Es gab früher mehrere erfolgreiche Entschuldungsinitiativen. Sie basierten darauf, dass viele Beteiligte sich auf gemeinsame Kriterien einigten. In der Regel geschah das ad hoc. So entstanden Präzedenzfälle und Institutionen wie der Pariser Club.

Oft gingen erfolgreichen Initiativen allerdings halbherzige und erfolglose Anläufe voraus. Viel zu oft wurden Schuldenprobleme nur als ein Problem kurzfristiger Zahlungsfähigkeit und nicht tatsächlicher Insolvenz betrachtet. Zeit zu verlieren, können wir uns angesichts der aktuellen multiplen Weltkrise aber nicht leisten.

LINK

Gelpern, A., Hagan, S., Mazarei, A., 2020: Debt standstills can help vulnerable governments manage the COVID-19 crisis. Washington, Peterson Institute for International Economics. ***https://www.piie.com/blogs/realtime-economic-issues-watch/debt-standstills-can-help-vulnerable-governments-manage-covid***

JOSÉ SIABA SERRATE ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Buenos Aires sowie der dortigen Privatuniversität UCEMA. Er ist zudem Mitglied des Argentinischen Rats für Internationale Beziehungen (CARI). ***josesiaba@hotmail.com***

Foto: picture-alliance/photothek/Ute Grabowsky

Städtische Armut hat sich verdreifacht.

STAATSBANKROTT

Beängstigender Reformbedarf

Die Wirtschaftskrise, die im Juli der Präsidentschaft von Gotabaya Rajapaksa in Sri Lanka ein Ende setzte, hält an. Die Armut ist weiter gestiegen. Ein neues IWF-Darlehen könnte helfen – doch dafür ist Umschuldung eine Vorbedingung.

Von Arjuna Ranawana

Die Staatsverschuldung Sri Lankas war 2022 überwältigend. Der Gesamtbetrag wurde auf mehr als 50 Milliarden Dollar geschätzt, wobei 2022 Zahlungen in Höhe von 6,9 Milliarden fällig waren, wie die Zentralbank mitteilte. Diese Krise hat sich über Jahrzehnte angebahnt. Die Regierung leiht seit Langem Geld für Infrastrukturprojekte, von denen viele Prestigevorhaben der Familie Rajapaksa waren.

Nach seinem Amtsantritt Ende 2019 beschleunigte Gotabaya die Krise mit mehreren katastrophalen Entscheidungen. Er senkte die Steuern für Privatunternehmen und wohlhabende Personen und schaffte Steuern von Beschäftigen im Privatsektor ab – folglich die Staatseinnahmen. Als der Wechselkurs der sri-lankischen Rupie (LKR) sank, zwang er die Zentralbank, sie an den Dollar zu koppeln – und zwar unter ihrem Marktwert. Als daraufhin die Devisenreserven knapp wurden, verhängte er ein Einfuhrverbot für Düngemittel und verschärfte so Probleme in der Landwirtschaft. Viele Höfe brauchen Agrarchemikalien und konnten nicht kurzfristig auf Ökolandbau umstellen. Die Produktion von devisenbringenden Exportgütern wie Tee und Kautschuk ging zurück. Das Land versorgt sich normalerweise selbst mit Reis, aber nun wurden Lebensmittel knapp. Es mangelte auch an Medikamenten und Treibstoff, weil Importwaren schnell teurer wurden.

Sri Lanka war nicht mehr in der Lage, seine Schulden zu bedienen. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich schnell. Im Juli stürzen Proteste, an denen Jugendliche stark beteiligt waren, Gotabaya. Ranil Wickremesinghe wurde vom Parlament zum neuen Präsidenten ernannt (siehe meinen Kommentar auf www.dandc.eu).

Seitdem hat sich einiges für die Bürger Sri Lankas wieder verbessert. Vor allem Soforthilfen Indiens schafften Erleichterung. Die langen Schlangen an den Zapfsäulen sind verschwunden. Stattdessen wird jetzt begrenzt, wie viel Treibstoff jemand kaufen darf. Die Stromausfälle, die bis zu acht Stunden pro Tag dauerten, wurden auf etwa zwei Stunden reduziert.

Es mangelt jedoch weiterhin an Medikamenten und Lebensmitteln. Das UN-Welternährungsprogramm (WFP) und andere Hilfsorganisationen haben vor einer Verschärfung schwerer Mangelernährung gewarnt. Nach Angaben des WFP sind etwa 6 Millionen Sri Lanker (30 Prozent der Bevölkerung) von Ernährungsunsicherheit betroffen.

Wie die Weltbank im Oktober in einem Bericht feststellte, hat sich die Armutsquote in Sri Lanka 2022 verdoppelt. Sie stieg von 13,1 Prozent auf 25,6 Prozent. Der Bericht weist darauf hin, dass sich „die Armutsquote in städtischen Gebieten von 2021 bis 2022 von fünf auf 15 Prozent verdreifacht hat". 80 Prozent der Armen leben in ländlichen Gebieten. Die Hälfte der Menschen in Plantagengebieten lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Die Weltbank sagte auch voraus, dass die Industrietätigkeit 2022 um elf Prozent schrumpfen würde. Den Rückgang bei Dienstleistungen bezifferte sie mit minus 8 Prozent. Zusammen entspreche das dem Verlust von über 500 000 Arbeitsplätzen, warnte die multilaterale Institution. Bei abhängig Beschäftigen werde das Einkommen voraussichtlich um 15 Prozent sinken.

Die Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland machen normalerweise 7,2 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Auch sie sind 2022 zurückgegangen. Außerdem wird der Zugang zum staatlichen Bildungs- und Gesundheitswesen immer schwieriger. Der Mangel an Treibstoff spielt eine Rolle, aber auch Proteste und damit verbundene Sicherheitsmaßnahmen sind Hindernisse.

Aus Sicht von Dhananath Fernando von der Denkfabrik Advocata ist das alles nur die Spitze des Eisbergs. Während sich das Alltagsleben in gewissem Maß normalisiert hat, schlummerten darunter riesige Herausforderungen. Andere Beobachter sehen das ähnlich.

Sri Lanka steht im aktuellen Korruptionsindex von Transparency International auf Platz 102 von 180 Ländern. Paikiasothy Saravanamuttu vom zivilgesellschaftlichen Centre for Policy Alternatives (CPA) erkennt eine „große Notwendigkeit für einen Paradigmenwechsel in der Regierungsführung". In einem kürzlich erschienenen Aufsatz beklagte er eine Kultur des Populismus und der Straffreiheit mit mangelnder Transparenz und wenig Rechenschaftspflicht. Zu den von ihm angesprochenen Punkten gehören:

- Während sich manche Menschen ein Leben lang auf staatlicher Unterstützung ausruhen können, bekommen Massen praktisch keinerlei Hilfe.
- Politiker versprechen vor Wahlen regelmäßig noch mehr Arbeitsplätze im öf-

Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Eranga Jayawardena

fentlichen Dienst und höhere Gehälter für Beamte.

- Sri Lanka kann sich die verlustbringenden Staatsbetriebe nicht leisten.
- Die Steuereinnahmen müssten steigen, sinken aber.
- Das Militär verschlingt zu viele Ressourcen.

Saravanamuttu betonte, dass Sri Lanka „noch 13 Jahre nach dem Krieg über 250 000 Armeeangehörige“ hatte. Der Militärhaushalt übertreffe die Gesamtausgaben für Bildung und Gesundheit. Der jahrzehntelange Krieg gegen tamilische Aufständische im Norden und Osten Sri Lankas endete 2009. Präsident war damals Gotabayas Bruder Mahinda Rajapaksa, und Gotabaya war sein Verteidigungsminister.

Nach dem Sieg profitierte Mahinda vom triumphalen singhalesischen Nationalismus, wurde wiedergewählt und blieb bis 2015 im Amt. Für mehrere Großprojekte (einen internationalen Flughafen, ein Kongresszentrum und ein Kricketstadion) nahm er Kredite aus China zu marktüblichen Konditionen auf. Alle diese Vorhaben sind verlustreich. Auch staatliche Unternehmen wie Sri Lankan Airlines schreiben rote Zahlen. Die notwendigen Reformen erfordern politischen Willen. Die meisten Spitzenpositionen sind aber mit Parteifreunden besetzt.

Sri Lankas Regierungsvertreter haben mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Vereinbarung geschlossen. Die Extended Fund Facility des IWF wird demnach die fragile Wirtschaft vier Jahre lang mit 2,9 Milliarden Dollar unterstützen. Die multilaterale Institution stellt jedoch die Bedingung, dass Sri Lanka seine staatlichen Gläubiger zu einer Umschuldung bewegen und obendrein neue Finanzmittel von anderen multilateralen Partnern erhalten muss. Sri Lanka muss auch zeigen, dass es „sich nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, eine Vereinbarung mit privaten Gläubigern zu erzielen“.

Zu den Zielen des neuen IWF-Programms gehören:

- die Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität und der Schuldentragfähigkeit,
- die Sicherung der Finanzstabilität,
- der Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen,
- die Bekämpfung der Korruption und
- die Erschließung des Wachstumspotenzials Sri Lankas.

Die massiven Veränderungen, die der Reformprozess voraussichtlich mit sich bringen wird, werden besonders die armen Menschen in Sri Lanka treffen.

Die Reformagenda ist einschüchternd. Es wird auch schwierig werden, die Gläubiger zur Umstrukturierung der Schulden zu bewegen. Beobachter meinen auch, Wickremesinghe habe sich bisher mehr um andere Dinge gekümmert – und zwar vor allem die Unterdrückung von Protesten sowie den Schutz des Rajapaksa-Clans (siehe Kasten). Fernando von der Denkfabrik Advocata ist pessimistisch: „Wir haben keine Schritte unternommen, um Reformen durchzuführen.“ Das war der aktuelle Sachstand, als dieser Artikel Anfang Dezember fertiggestellt wurde.

ARJUNA RANAWANA
ist ein sri-lankischer Journalist.
arjuna.ranawana@outlook.com

Merkwürdige Partnerschaft

Ranil Wickremesinghe war früher ein Gegner des Rajapaksa-Clans. Dennoch wurde er im Mai 2022 von Präsident Gotabaya Rajapaksa zum Premierminister ernannt – und im Juli wurde er dann dessen Nachfolger als Staatsoberhaupt. Proteste hatten Gotabaya gezwungen, zurückzutreten und ins Ausland zu fliehen. Sein Nachfolger half ihm dann, zurückzukehren und in Sri Lanka ein komfortables Leben zu führen. Wickremesinghe brachte Gotabaya in einer Luxusvilla in einem schicken Viertel der Hauptstadt Colombo unter. Dieses Privileg wird normalerweise Staatsoberhäuptern nach Beendigung ihrer Amtszeit gewährt.

Seit seinem Amtsantritt geht Wickremesinghe rigoros gegen Proteste vor. Außerdem schützt er Gotabayas Familie. Gotabayas Bruder Mahinda ist ein weiterer ehemaliger Präsident und Premierminister, und mehrere andere Brüder hatten hohe Regierungsämter inne. Während der Präsidentschaft von Mahinda und Gotabaya vervielfachte sich die Staatsverschuldung des Landes, was zur heftigen aktuellen Wirtschaftskrise führte (siehe Hauptartikel).

Wickremesinghe gehört der United National Party an, aber die parlamentarische Mehrheit, die ihn zum Präsidenten machte, umfasste auch die von den Rajapaksas dominierte Sri Lanka Podujana Peramuna (SLPP). Laut Arjuna Parakrama von der Universität Peradeniya schützt der neue Präsident nun den Clan seiner Vorgänger dreifach, und zwar

- vor dem Zorn des Volkes,
- vor Strafverfolgung wegen Korruption und anderer Verbrechen,
- vor Neuwahlen, sodass die SLPP-Mehrheit im Parlament noch zweieinhalb Jahre bestehen bleibt, bevor die Legislaturperiode ausläuft.

Neuwahlen wären das Ende der SLPP, sagt der Professor, und auch Wickremesinghe würde wahrscheinlich verlieren. Er hat mehrmals als Premierminister gedient und auch für das Präsidentenamt kandidiert. Viele hielten ihn für gescheitert, als seine Partei bei den Parlamentswahlen 2020 nur einen einzigen Sitz gewann. AR

Ranil Wickremesinghe (links) und Gotabaya Rajapaksa im Mai 2022, als Wickremesinghe Premierminister wurde.

Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Uncredited

Solardach in Dhaka: Die Zentralbank von Bangladesch ist Vorreiterin bei grüner Geldpolitik.

MAKROÖKONOMIE

Wachsende ökologische Risiken

Die globale Umweltkrise eskaliert und gefährdet das Wachstum und die Stabilität von Volkswirtschaften. In wachsendem Maße achten deshalb Zentralbanken und Regulierungsbehörden im Finanzwesen auf einschlägige Risiken.

Von Ulrich Volz

Die Auswirkungen der globalen Erhitzung und der Naturzerstörung bedrohen die makroökonomische Stabilität (stabiles Wachstum und stabile Preise) sowie die Finanzstabilität (funktionierendes Finanzsystem ohne Krisen). Verursacht haben vor allem Länder mit hohen Einkommen die ökologische Krise, aber die Folgen belasten Entwicklungs- und Schwellenländer besonders stark. Entsprechend stehen nun vor allem Zentralbanken und Finanzregulierer (ZBFR) in diesen Ländern vor der Aufgabe, die mit dem Klimawandel und der Naturzerstörung verbundenen Risiken für die Wirtschafts- und Finanzstabilität zu begrenzen.

Viele ZBFR wollen zudem die Nachhaltigkeitspolitik ihrer Regierung unterstützen. Sie prüfen folglich, wie sie den Finanzsektor zu mehr Nachhaltigkeit bei Investitionsentscheidungen bewegen können.

Es gibt mindestens fünf Gründe, warum sich ZBFR mit dem Klimawandel und dem Verlust von Ökosystemen befassen sollten:

- Die Folgen der Umweltkrise betreffen das Kernmandat der ZBFR, die makroökonomische und finanzielle Stabilität zu wahren. Mittlerweile ist weithin anerkannt, dass die physischen und Transitionsrisiken des Klimawandels und des Naturverlusts Finanzrisiken mit sich bringen, die gemindert und kontrolliert werden müssen. Darüber hinaus ist zunehmend gut dokumentiert, dass Klimaauswirkungen auch die makroökonomische Stabilität und die Preisstabilität gefährden können. ZBFR müssen solche Zusammenhänge verstehen, um angemessen reagieren zu können.
- Zentralbanken müssen die Auswirkungen klima- und naturbezogener Risiken auf ihre eigene Bilanz berücksichtigen. Zentralbanken versuchen die Inflation nicht nur durch Änderungen der Leitzinsen zu kontrollieren, sie steuern die Geldmenge auch, indem sie Finanzanleihen in sogenannten Offenmarktgeschäften kaufen und verkaufen. Zentralbanken vergeben auch Kredite an Geschäftsbanken gegen Sicherheiten wie Anleihen oder andere Schuldtitel. Die Anlagestrategien und Sicherheitsregeln der Zentralbanken sollten ökologische Risiken bei solchen Geschäften minimieren. Das dient nicht nur dem Schutz ihres eigenen Portfolios, sondern sendet auch wichtige Signale an die Finanzmärkte und die Realwirtschaft. Wertpapiere sind nämlich attraktiver, wenn Finanzinstitute sie verwenden können, um Zentralbankgeld zu erhalten.
- Wie alle Organisationen müssen auch ZBFR prüfen, wie sich ihr eigenes Handeln auf die Umwelt auswirken kann und potenzielle negative Auswirkungen minimieren. Das gilt ganz besonders dort, wo sie mandatiert sind, die Politik der Regierung zu unterstützen.
- Die Politiken und Entscheidungen von ZBFR tragen zur Gestaltung der Märke bei. Beispielsweise legen ihre Aufsichtsrichtlinien fest, was Geschäftsbanken bei der Vergabe von Krediten, der Ausgabe von Anleihen oder ihrer Berichterstattung berücksichtigen müssen. So können ZBFR Finanzinstitutionen etwa dazu verpflichten, klima- und naturbezogene Risiken offenzulegen sowie mögliche ökologische Auswirkungen bei ihrer Kreditvergabe und ihren Investitionen zu berücksichtigen. Solche Bestimmungen können dazu beitragen, dass das Finanzsystem den ökologischen Wandel unterstützt.
- Wer führen will, muss mit gutem Vorbild vorangehen. ZBFR sollten sich also selbst an Standards halten, die sie für andere setzen.

Derweil behält die Regierungspolitik zentrale Bedeutung. Auf sie kommt es vor allem an, aber ZBFR können konstruktiv mitwirken. Was sie genau leisten können, hängt von ihren jeweiligen Mandaten und dem nationalen Kontext ab. Fest steht aber jedenfalls, dass ZBFR eine wichtige Rolle dabei spielen können, die Finanz- und Realwirtschaft dabei zu unterstützen, ihre Aktivitäten mit Klima- und Nachhaltigkeitszielen in Einklang zu bringen und Klima- und Umweltrisiken zu minimieren.

WACHSENDER KONSENS

Inzwischen hat sich international die Sicht durchgesetzt, dass Umweltfragen bei der Geldpolitik und der Finanzaufsicht beachtet

Foto: picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Syed Mahabubul Kader

Chinesische Banken müssen bei der Kreditvergabe Umweltfaktoren berücksichtigen.

werden müssen. Das folgt aus dem grundsätzlichen Auftrag der ZBFR, Makroökonomie und Finanzmärkte stabil zu halten. Diese Sicht teilen alle 121 Institutionen, die sich bislang dem Network of Central Banks and Supervisors for Greening the Financial System (NGFS) angeschlossen haben.

Die zwei Aufgaben, Umweltrisiken zu reduzieren und die Finanzwirtschaft grüner zu machen, sind eng verwoben. Auf Nachhaltigkeit angelegte Investitionen begrenzen nämlich ökologische Schäden – und somit auch makroökonomische und finanzielle Risken – in der Zukunft. Tatsächlich können ZBFR Volkswirtschaften widerstandsfähiger machen, indem sie helfen, den Finanzsektor nachhaltiger aufzustellen.

ZBFR verfügen dafür auch über einen potenziell großen Werkzeugkasten. Zunächst geht es dabei um Standards, Taxonomien und Kennzahlen für Berichterstattung und Rechenschaftslegung. Wenn sie solche Dinge klug definieren, helfen sie dem Finanzsektor, Umweltrisiken und -auswirkungen zu erkennen, zu bewerten und in den Griff zu bekommen. Und wenn das geschieht, fließt auch mehr Kapital in nachhaltige Vorhaben.

Obendrein können ZBFR die Entwicklung neuer grüner Marktsegmente fördern. Ihre Regeln können beispielsweise günstige Rahmenbedingungen für den Handel mit nachhaltigen Anlagen schaffen, die ökologischen, sozialen und Governance-Anforderungen entsprechen (ESG – environmental, social and governance criteria).

ZBFR haben begonnen, Stresstests durchzuführen, um zu prüfen, wie anfällig einzelne Geldhäuser – aber auch das Finanzsystem insgesamt – mit Blick auf Klima- und Umweltrisiken sind. Wenn das Ergebnis zeigt, dass eine Bank einem ökologischen Schock nicht gewachsen sein könnte, kann ihr auferlegt werden, ihr Risikomanagement zu verbessern oder zusätzliche Kapitalpolster anzulegen.

Solche Auflagen machen riskante Investitionen finanziell weniger attraktiv. Falls eine Bank systemrelevant ist, können die Auflagen auch strenger ausfallen. Sie kann etwa verpflichtet werden, mehr Eigenkapital vorzuhalten.

Auch die Geldpolitik der Zentralbanken sollte Umweltrisiken und -auswirkungen berücksichtigen. Wie bereits erwähnt, können Zentralbanken ökologisch problematische Wertpapiere von ihrer Offenmarktpolitik ausschließen oder nicht mehr (oder nur mit einem Abschlag) als Sicherheiten akzeptierten. Beides hat Signalwirkung, weil Geschäftsbanken Wertpapiere bevorzugen, die Zentralbanken akzeptieren. Obendrein können Zentralbanken spezielle Refinanzierungslinien einführen, damit Geschäftsbanken Kredite zu niedrigeren Zinssätzen an CO_2-arme oder anderweitig umweltfreundliche Vorhaben vergeben können.

Dass ZBFR mit gutem Vorbild vorangehen sollen, kann nicht oft genug wiederholt werden. Wenn sie Umwelt- und Naturrisiken in ihrem eigenen Portfolio benennen, statuieren sie das richtige Exempel. Das gilt ebenfalls, wenn sie nachhaltige Investitionsregeln einhalten.

Darüber hinaus können ZBFR die Nachhaltigkeitsagenda durch Fahrpläne für nachhaltige Finanzen („Sustainable Finance Roadmaps“) oder durch Beratung ihrer Regierung unterstützen. Sie können auch den Aufbau von Kapazitäten im Bereich nachhaltige Finanzen im Finanzsektor unterstützen und das Bewusstsein dafür schärfen, wie Umweltrisiken die makroökonomische und finanzielle Stabilität beeinträchtigen können.

Letztlich werden sich alle ZBFR den vielschichtigen ökologischen Herausforderungen stellen müssen. Handeln ist weltweit nötig – aber der Druck ist in Entwicklungsländern besonders hoch:

- Sie sind den verheerenden Folgen der globalen Umweltkrise besonders ausgesetzt, und
- ihr Investitionsbedarf ist höher, während ihre Finanzsysteme vergleichsweise schwach entwickelt sind.

Es überrascht also kaum, dass ZBFR in ärmeren Weltregionen zu den Vorreitern gehören. Zu den ersten ZBFR, die sich mit Umweltfragen beschäftigt haben, gehören jene in Bangladesch, Brasilien, China und im Libanon. Ohnehin sind ZBFR im globalen Süden neben der Wahrung der Preisstabilität oftmals stärker auf eine Unterstützung von Entwicklungszielen ausgerichtet. Dementsprechend gehen viele von ihnen jetzt die finanziellen und makroökonomischen Auswirkungen der globalen Umweltkrise auf pragmatische und praktische Weise an.

Viele ZBFR im globalen Süden haben auf kreative Weise umweltfreundliche Instrumente und Richtlinien eingeführt, die ZBFR in Industrieländern unorthodox erscheinen mögen. Die globale Umweltkrise eskaliert aber, und die Folgen werden schlimmer, sodass künftig immer mehr ZBFR ihre Politiken und Instrumente auf Nachhaltigkeit ausrichten dürften. Dies ist Teil ihres Mandats zur Wahrung der makroökonomischen und finanziellen Stabilität. In Zukunft müssen ZBFR jedoch die Wirksamkeit, Effizienz und Gerechtigkeit der ergriffenen Maßnahmen systematischer bewerten, um sicherzustellen, dass klar definierte Ziele erreicht werden, während unerwünschte Verzerrungen vermieden werden.

ULRICH VOLZ
ist Professor für Ökonomie und Direktor des Centre for Sustainable Finance der SOAS, University of London. Er forscht auch am German Institute of Development and Sustainability (IDOS).
uv1@soas.ac.uk

Foto: picture-alliance/REUTERS/Aly Song

Eine fertige Dorfklinik, bereit zur Übergabe.

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Ein Dorf gesünder machen

Das Deutsche Institut für Ärztliche Mission unterstützt die Gesundheitsversorgung in Malawi mit einem Ansatz, der das Engagement der Menschen vor Ort und die dort vorhandenen Ressourcen in den Vordergrund stellt. In einer ländlichen Gegend konnten so mehrere Dorfkliniken gebaut werden.

Von Olaf Hirschmann

Das Gesundheitswesen in Malawi ist geprägt von knappen Ressourcen, fehlgesteuerter Verteilung und chronischer Unterbesetzung. Hilfen aus dem Ausland in diesem Bereich waren zwar oft gut gemeint, doch zementierten sie jahrzehntelang die Abhängigkeit der Ärmsten des Landes von externen Hilfsleistungen.

Das Deutsche Institut für Ärztliche Mission (Difäm) – ein gemeinnütziger christlicher Verein, der sich seit mehr als 100 Jahren im Bereich der globalen gesundheitlichen Entwicklung engagiert – setzt auf den Ansatz ASSET, um Malawi zu unterstützen. Die Abkürzung steht für anerkennen, stimulieren, stärken, engagieren und transformieren.

Kern von ASSET ist das alte, aber immer noch gültige Credo der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Das Programm lenkt den Blick auf Ressourcen, über die auch die Ärmsten verfügen: Sand, Steine, Wasser, Land, ihre Muskelkraft, ihre sozialen Systeme, ihr Glaube. Die Menschen sollen dazu befähigt werden, ihre eigene gesundheitliche Basisversorgung zu schaffen, indem sie diese Ressourcen gezielt einsetzen.

Der Ansatz geht zurück auf eine Konferenz der Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) im Jahr 1978 im heutigen Kasachstan: Mit der Erklärung von Alma-Ata bekräftigte die WHO damals, dass Gesundheitsversorgung auf lokaler Ebene bereitgestellt werden solle – ausdrücklich unter aktiver Einbeziehung der Menschen vor Ort. Gemeint ist eine Basisgesundheitsversorgung, die überall vorhanden sein sollte.

In Malawi setzte Difäm auf diese Weise beispielsweise ein Projekt in dem Dorf Chintembwe im zentral gelegenen Ntchisi-Distrikt um. Vorab befragte ein geschultes Dorfhelferteam die Menschen, welche Probleme sie im Gesundheitsbereich zuerst anpacken möchten. Das Team ging von Haus zu Haus und hörte den Bewohnerinnen und Bewohnern zu. Erst danach wurden Prioritäten festgelegt und begann die eigentliche Arbeit.

Die wichtigsten sichtbaren Veränderungen sind neu gebaute Dorfambulanzen, die sogenannten „Village Clinics“. Die Dörfer in der Region hatten zwar auch zuvor schon Helferinnen und Helfer im Gesundheitsbereich. Aber mangels Wohnmöglichkeiten und guter Arbeitsbedingungen waren sie teils nur an zwei Tagen pro Woche vor Ort. Da Chintembwe etwa 20 Kilometer von der nächsten Klinik entfernt liegt, war das Dorf mit medizinischer Erster Hilfe unterversorgt.

Im Rahmen des ASSET-Projekts wurden insgesamt 20 Dorfambulanzen gebaut. Die Einheimischen organisierten und bezahlten die Handwerkerinnen und Handwerker und brannten auch selbst Ziegel. Die Stammesvorsitzenden stellten das Land zur Verfügung. Durch eine Zusatzfinanzierung konnten die Dorfambulanzen mit Solarstrom ausgestattet werden. ASSET besorgte darüber hinaus nur die lokal nicht verfügbaren Baumaterialien.

VERBESSERTE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Mittlerweile wohnt und arbeitet in jedem Dorf mit Village Clinic eine Gesundheitskraft, die rund um die Uhr erreichbar ist. Die meisten Kliniken sind zudem gut ausgestattet mit Medikamenten und bieten die wichtigsten Behandlungen an. Vor allem für Schwangere und Kleinkinder hat sich dadurch die Gesundheitsversorgung extrem verbessert. Die häufigsten Diagnosen bei Kindern sind Malaria, Durchfall und Erkältungskrankheiten. Ohne schnelle Hilfe droht ihnen der Tod. Seitdem die Dorfambulanzen eröffnet wurden, gingen die Todesraten erheblich zurück.

„In den vergangenen drei Jahren musste ich keine Trauerfeier für ein Kind unter fünf Jahren mehr halten“, freut sich Chief Vuso Jere. Er ist die höchste traditionelle Autorität in der Region. Er berichtet

Foto: Olaf Hirschmann

Toilette mit spezieller Belüftung.

von vielen Problemen in der Zeit vor dem Projekt: „Bevor ASSET kam, war es hier sehr schmutzig. Die Menschen erleichterten sich auf den Straßen, aber jetzt ist das Dorf sauber. Man kann weit gehen ohne menschliche Ausscheidungen auf der Straße zu sehen."

NACHHALTIGE TOILETTEN

Letzteres liegt in Chintembwe daran, dass im Rahmen von ASSET auch sogenannte V.I.P.-Toiletten gebaut wurden. Die Abkürzung steht für „Ventilated Improved Pit Latrine" – ein Plumpsklo mit ausgetüftelter Belüftung. Es hat ein Wellblechdach und eine Art Schornstein, der sich in der Sonne erhitzt und mit der aufsteigenden Luft Gerüche und Fliegen nach oben zieht. Ein Metallnetz am Ende des heißen Rohres hält die Fliegen zurück. Sie verglühen, somit ist der Übertragungsweg für Krankheiten in die benachbarte Küche unterbrochen. Die Backsteinwände der Toilette wahren die Intimsphäre. Vom Projekt kamen die Metallteile und der gegossene Betonboden. Alles andere steuerte die Dorfgemeinschaft selbst bei.

Der Startschuss zum ersten ASSET-Projekt in Chintembwe fiel Ende 2011. Nun, elf Jahre später, läuft die letzte Verlängerungsrunde aus. Im kollektiven Gedächtnis des Dorfs ist verankert, dass vor dem Projekt jedes Jahr circa sechs Kinder unter fünf Jahren verstarben. Zuletzt kamen in 100 Haushalten innerhalb von drei Jahren drei Kinder ums Leben.

Eine weitere sichtbare Veränderung in Chintembwe: Wo früher staubtrockene Straßen, Plätze und Hinterhöfe nur Sandflöhen Heimat boten, spenden jetzt zahlreiche Obstbäume Schatten und Kühle. Ihre Früchte bereichern den Speiseplan. In Zusammenarbeit mit Fachleuten der Regierung, etwa aus aus den Land- und Forstwirtschaftsministerien, zeigte das Projekt den Menschen im Dorf, wie Obstbäume und Gemüsegärten anzupflanzen sind, wie sie Setzlinge ziehen und natürlichen Dünger herstellen können.

Der von jahrzehntelanger Landwirtschaft ausgelaugte Boden gibt ohne Zusatz nicht mehr viel her. Chemischer Dünger ist zu teuer, aber natürlicher Dünger kostet so gut wie nichts, und auch mit ihm haben sich die Erträge vervielfacht: Für alle im Dorf gibt es drei Mahlzeiten am Tag, mit Mais, Kartoffeln und anderem Gemüse sowie Proteinen aus Hülsenfrüchten oder Fleisch.

GEMEINWOHL AN ERSTER STELLE

Die sichtbaren Veränderungen in den Projektdörfern sind jedoch nur die materielle Spitze einer tiefgreifenderen Transformation – auch in den Köpfen. Beispielsweise sind Frauen in den ländlichen Gebieten traditionellen Rollen und Erwartungen unterworfen und trauen sich kaum, in der Öffentlichkeit zu sprechen. Durch ihre Erfahrungen in den Gemeindegruppen haben sie aber das Vertrauen gewonnen, öffentlich für ihre Anliegen einzutreten. So wurden in Chintembwe Kinderehen und Teenagerschwangerschaften abgeschafft, nachdem das Dorf über die Gefahren diskutiert hatte.

Zu Beginn war es eine wesentliche Herausforderung des Projekts, Freiwillige und Behörden davon zu überzeugen, dass es für den Einsatz keine Bezahlung geben werde – außer der Dankbarkeit der Gemeinden. Das Gemeinwohl steht im Vordergrund. Für das Gelingen entscheidend war die Vernetzung, die Kommunikation zwischen Menschen und Systemen, die zuvor nur nebeneinander existierten. Der malawische Projektmanager hat es in unermüdlicher Vermittlungsarbeit geschafft, verschiedene Beteiligte zusammenzubringen: die lokalen Gemeinden, kirchliche und staatliche Gesundheitseinrichtungen sowie die Ministerien für Landwirtschaft und Gesundheit. In den Dörfern selbst bildeten sich Gruppen, die auch die Beziehungen der Bewohnerinnen und Bewohner untereinander stärkten.

Zahlreiche Gruppendiskussionen, Trainings und Freizeitangebote haben weitere Entwicklungen gefördert. Im Rahmen einer Evaluation zeigte sich beispielsweise, dass die Fälle von häuslicher Gewalt abgenommen haben und Jugendliche weniger zu Alkohol und Drogen greifen. Etwa drei Viertel der ASSET-Haushalte konnten laut dem Evaluationsteam ihren Besitzstand erweitern. Rund die Hälfte fing an, Hühner oder andere Kleintiere zu züchten. Radios, Telefone und Möbel wurden angeschafft, und rund ein Viertel der Dorfbewohnerinnen und -bewohner konnten sogar ihr Haus renovieren oder gar ein neues bauen.

Weitgehend enttäuscht wurde allerdings die Hoffnung, dass sich die Nachbargemeinden beeinflussen lassen und ebenfalls aktiv werden. Hier und da wurden zwar die Toiletten kopiert, und in einem Fall kamen sogar Gemeinden zusammen, um gemeinsam ein Schulgebäude zu errichten. Ansonsten blieben die Nachbarn selbst jedoch weitgehend passiv.

Das Projekt zeigt: Um langfristige, nachhaltige Veränderungen zu erzielen, braucht es einen langen Atem – und Geld. In zehn Jahren Projektlaufzeit betrugen die Kosten 350 000 Euro. Die Village Health Clinics und Toiletten wurden mit zusätzlichen 160 000 Euro durch die Agnes-Philippine-Walter-Stiftung in Schwäbisch Gmünd finanziert.

OLAF HIRSCHMANN
ist Difäm-Weltweit-Referent für Primary & Mental Health.

hirschmann@difaem.de

Foto: Olaf Hirschmann; Portrait: Difäm

LGBTQI-Rechte sind ein sensibles Thema

Sexuelle Rechte von Minderheiten sind in vielen Teilen der Welt nach wie vor umstritten. In Sambia hat eine Modeveranstaltung für Aufruhr gesorgt, da religiöse Puristen und Moralisten den Organisatoren vorwerfen, Homosexualität im Land zu fördern.

In Sambia gilt immer noch ein archaisches Gesetz, das Homosexualität und „damit zusammenhängende unnatürliche Handlungen" unter Strafe stellt. Das Gesetz besteht seit 1911, als das Land noch unter Kolonialherrschaft stand. Demzufolge können Personen, die der Homosexualität beschuldigt werden, eine lebenslange Haftstrafe verbüßen.

In der Vergangenheit wurde das Thema Homosexualität im Land oft im Zusammenhang mit Ereignissen oder Äußerungen zur Unterstützung der Rechte sexueller Minderheiten (LGBTQI – lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer, intersexuell) diskutiert. Die Landesregierung geht hart gegen diejenigen vor, die die Rechte von sexuellen Minderheiten unterstützen. Im Jahr 2019 wurde der US-Diplomat Daniel Foote des Landes verwiesen, nachdem er sich kritisch zu einem Urteil geäußert hatte, das zwei Männer zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte, nachdem sie 2017 beim Sex erwischt worden waren.

Das Mode-Event „Lusaka July" 2022 hat in Sambia für Aufruhr in den sozialen Medien gesorgt, da einige Leute den Organisatoren vorwerfen, nationale Werte zu verletzen. Kritiker sagen, die Modeschau sei als Plattform organisiert worden, um auf geschickte Weise die Aufmerksamkeit auf die Notlage sexueller Minderheiten zu lenken. Die Menschen stören sich vor allem daran, dass Männer in Frauenkleidern und phantasievollen Gewändern auftraten.

Auch religiöse Führer brachten ihre Missbilligung zum Ausdruck. Pater Emmanuel Chikoya, Generalsekretär des Council of Churches in Zambia (CCZ), sagte: „Wir verurteilen aufs Schärfste Aktivitäten, die unsere Werte als Nation verletzen. Dies geschieht in Anbetracht der jüngsten Ereignisse im Land, insbesondere des Modefestivals Lusaka July, das in den sozialen Medien Aufmerksamkeit erregt hat und von verschiedenen Akteuren im Land wegen der unsambischen Handlungen auf der Veranstaltung kritisiert wurde."

Der Bischofsrat der Pentecostal Assemblies of God-Zambia (PAOGZ) äußerte sich ebenfalls empört über das Festival: „Als kirchliche Gemeinschaft sind wir uns der Tatsache bewusst, dass versucht wird, LGBTQI-Aktivitäten und -Veranstaltungen zu etablieren und zu unterstützen, um deren abscheulichen Lebensstil zu fördern. Wir möchten zum Ausdruck bringen, dass ein solches Verhalten, selbst unter dem Deckmantel der Mode, in der sambischen Gemeinschaft nicht toleriert wird."

Die Organisatoren des Festivals in Lusaka, die befürchten, rechtlich belangt zu werden, haben ihre Veranstaltung jedoch verteidigt. Sie erklärten, dass auf der Veranstaltung keine Fotos homosexueller Natur gemacht wurden, wie behauptet wurde. Bilder in den sozialen Medien seien übertrieben dargestellt worden. Die Modeschau findet seit 2016 statt und soll Lifestyle-Enthusiasten und Führungskräfte aus der Wirtschaft zusammenbringen.

DERRICK SILIMINA
ist freier Journalist in Lusaka.

derricksilimina@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
ISSN 2366-7249
Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 21.12.2022 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Ronald Ssegujja Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Aviva Freudmann, Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung), Roli Mahajan; Lucknow, Sabine Balk
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

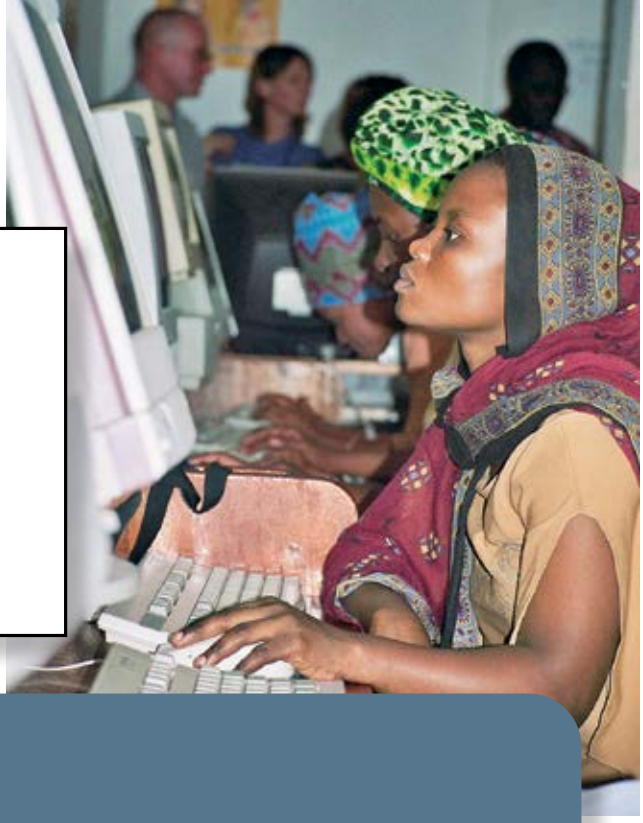
ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Besuchen Sie unsere Website unter www.DandC.eu

www.dandc.eu

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Über E+Z Print-Abonnement Digitales Monatsarchiv Autoren Impressum | English

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

SUBSAHARA-AFRIKA MENA SÜDASIEN SÜDOSTASIEN LATEINAMERIKA BLOG

RELIGIÖSER FUNDAMENTALISMUS

Iranische Proteste hallen weltweit wider

TOP THEMA

JUSTICE FOR MAHSA AMINI

WORKERS SOLIDARITY FEDERATION (WSF)

Digitale Monatsausgabe

E+Z

Kollektive Traumata

Gratis PDF-Download

SAMBIA

ZIMBABWE

Mit frischen Geld raus aus der Staatspleite

What statelessness means for people

Aktuelle Blog-Beiträge

Why even the most atrocious evil can have a banal basis

Why "slow politics" may make a difference in India

Folgen Sie uns

RELIGIÖSER FUNDAMENTALISMUS

Revolution 2.0

Frauen müssen sich frei bewegen dürfen und anziehen dürfen, was ihnen gefällt. Die aktuellen Proteste im Iran hallen in vielen Ländern wider. Es geht nicht nur um Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung.

Von Marva Khan

Frauen stehen an der Spitze der Proteste im Iran. Manche sprechen bereits von einer neuen Revolution. Die Rebellion gegen das schiitisch-fundamentalistische Regime hat weltweit Reaktionen hervorgerufen. Solidarität wird geäußert, aber auch Sorge um die Opfer der Repression.

In Pakistan gehörten Frauen zu den Ersten, die sich zu Wort meldeten, als nach dem Tod der jungen Frau Mahsa Amini in Polizeigewahrsam die Demonstrationen im Iran begannen. Festgenommen wurde Amini, weil sie ihr Kopftuch nicht genau so trug, wie es das islamistische Recht Irans vorschreibt.

Pakistanische Rechtsanwältinnen, Parlamentsabgeordnete, Aktivistinnen und Akademikerinnen haben Stellung genommen. Manche von uns werfen dem iranischen Regime vor, den Islam zu beschmutzen. Andere wehren sich gegen die Verletzung von Frauenrechten. Die brutale Repression bereitet uns Sorgen. Pakistanische Frauen beten nun für die Sicherheit der iranischen Menschen.

Pakistans Bevölkerungsmehrheit ist sunnitisch, Irans schiitisch. Die Empörung in Pakistan ist aber konfessionsübergreifend. Sie schließt alle Varianten des Islams ein. Uns beeindruckt die Kraft und der Mut der Protestierenden. Medienberichten zufolge wurden bis Mitte Dezember rund 500 Menschen getötet. Nach lächerlich kurzen Gerichtsverhandlungen wurden sogar Todesurteile an zwei jungen Männern vollstreckt.

Die Mahsa-Amini-Proteste kreisen um mehrere Themen. Dazu gehören Meinungs- und Pressefreiheit, aber auch Versammlungsfreiheit. Wichtig ist auch das Recht von Frauen auf körperliche Selbstbestimmung und Mobilität. Patriarchale Normen werden allzu oft mit Hinweisen auf Glaube, Kultur und Tradition durchgesetzt. Häufig geht es dabei darum, welche Kleidung Frauen tragen sollen und welche öffentlichen Räume uns offen stehen.

Wo solche Werte gesetzlich festgeschrieben werden, wie im Iran der Fall, ist die Lage besonders hart. Pakistanische Frauen, die sich an die Militärherrschaft von Zia ul Haq von 1977 bis 1988 erinnern können, wissen, was es bedeutet, wenn sich ein autoritäres Regime nicht um Freiheits- und Menschenrechte kümmert. Zia nutzte seine orthodox-sunnitische Weltsicht zur Unterdrückung von Gegenmeinungen. Heute ist die Situation in Afghanistan besonders bedrückend, wo Mädchen und jungen Frauen wichtige Bildungschancen verwehrt werden.

Aus offensichtlichen Gründen bewegt das, was derzeit im Iran passiert, Frauen in überwiegend muslimischen Ländern besonders. Andererseits missfallen uns aber Solidaritätsbekundungen aus westlichen Ländern, in denen die Tendenz besteht, auf Kopftuchträgerinnen herabzuschauen. Frankreich schränkt sogar die Hijab-Nutzung rechtlich ein. Wir fordern Freiheit – und das bedeutet, dass wir selbst entscheiden, was wir anziehen und wohin wir gehen.

Muslimische Frauen sind es leid, als Opfer repressiver Tradition bemitleidet zu werden. Wir wissen doch, dass im Westen auch nicht alles perfekt ist. Wir haben mitbekommen, worum es bei #MeToo ging. Uns ist bekannt, dass auch im Westen Richter davor zurückschrecken, Sexualstraftäter zu bestrafen, wenn sie den Eindruck haben, ihr Opfer habe „provozierende“ Kleidung getragen. Konservative Christen – nicht nur in den USA – wollen das Abtreibungsrecht einschränken, und in manchen US-Staaten erwägen die radikalsten Stimmen bereits, auch den Zugang zu Verhütungsmitteln rechtlich zu begrenzen.

Anfang Dezember wurde berichtet, der Iran schaffe die Sittenpolizei ab. Vermutlich war das nur eine bedeutungslose, symbolische Geste, denn die Regierung teilte später mit, die Hijab-Pflicht bestehe weiter. Fotos belegen, dass sich eine wachsende Zahl von Frauen nicht mehr daran hält. Sie nehmen sich diese Freiheit und gehen dafür große Risiken ein.

Regierungen weltweit sollten die Proteste im Iran ernst nehmen. Die Politik muss überall aufhören, individuelle Freiheiten aufgrund des Geschlechts zu beschränken. Die Grundrechte jeder Frau verdienen Respekt – egal wo sie lebt.

Solidaritätsbekundung für iranische Frauen in Karachi, Pakistan.

Foto: picture-alliance/ZUMAPRESS.com/PPI

MARVA KHAN
ist Assistenzprofessorin für Recht an der LUMS (Lahore University of Management Sciences) und Mitbegründerin des Pakistani Feminist Judgments Projects.
marva.khan@lums.edu.pk

PANDEMIE

Chinas Corona-Kehrtwende

Nach landesweiten Demonstrationen gegen die Null-Covid-Politik hat China eine Kehrtwende vollzogen. Die Regierung hat so eine Politisierung der Krise, die auch Staats- und Parteichef Xi Jinping hätte schwächen können, abgewendet.

Von Berthold M. Kuhn

Chinas Regierung hat in Reaktion auf landesweite Demonstrationen die Lockdownregeln gelockert. Das ist nicht ungewöhnlich, sondern eher typisch. Anders, als viele meinen, versucht die Kommunistische Partei oft und ernsthaft, Proteste oder Streiks mit schnellen Zugeständnissen zu beenden. Dafür gibt es einige Beispiele, speziell auch im Umweltbereich. Es entspricht traditioneller konfuzianischer Ethik, der zufolge Herrscher für eine harmonische Gesellschaft und breites Wohlergehen sorgen sollen. Diese Verpflichtung wirkt auch im modernen China fort, auch wenn die politische Gewaltenteilung wesentlich weniger ausgeprägt ist als im Westen und keine allgemeinen und freien Wahlen abgehalten werden. Die Regierung fühlt sich den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung verpflichtet.

Den landesweiten Unmut haben nicht nur Studierende, sondern auch einfache Erwerbstätige sowie Intellektuelle artikuliert. Die Regierung hat erkannt, dass die harte Null-Covid-Politik große Risiken birgt, speziell für die Wirtschaft, und hat mit der Lockerung die Demonstranten bis Mitte Dezember weitgehend besänftigt. Allerdings besteht nun das Risiko einer heftigen Infektionswelle, denn gerade ältere Bevölkerungsschichten sind noch nicht ausreichend geimpft. Auf das Gesundheitssystem kommen große Herausforderungen zu.

Die Kehrtwende ist bemerkenswert, denn wenige Wochen zuvor hatte der Parteitag die Amtszeit von Xi Jinping verlängert. Viele Menschen haben die Proteste verfolgt und haben auch die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie in den vergangenen Monaten und Jahren in anderen Staaten und Regionen verfolgt. Hier steht nun China in den Augen vieler nicht mehr so erfolgreich da wie noch vor wenigen Monaten.

Auf die Omikron-Variante haben viele Staaten offensichtlich geschickter reagiert als China, denn die Hospitalisierungsrate ist wesentlich geringer, somit eine ansteigende Infektionswelle weniger dramatisch. Allerdings hat China eine wesentlich größere Bevölkerung und kann daher mit anderen Staaten kaum verglichen werden. Auch andere große Staaten, darunter Indien und die USA, waren bei der Bekämpfung von Covid-19 nicht besonders erfolgreich. Im Vergleich zu China sind dort prozentual viel mehr Menschen gestorben.

Xi Jinpings Umfeld hat nun auch gelernt, dass die Fraktion der liberaleren Wirtschaftspolitiker einen größeren Rückhalt als vermutet nicht nur im Privatunternehmertum, sondern auch in der Bevölkerung insgesamt genießt. Die nationalistische Propaganda hatte angesichts der sehr harten Pandemiemaßnahmen keine große Wirkung, wobei auch die Bilder von der Fußball-WM mit unmaskiert feiernden Fans in China eine Rolle gespielt haben.

Der Tod von Jiang Zemin im Dezember, der als Staats- und Parteichef weitreichende Reformen implementierte, hat bei vielen zusätzliches Nachdenken ausgelöst. Jiang Zemin stand für kulturelle Offenheit und Austausch mit dem Westen.

Xi Jinping steht auch nach dem Kurswechsel der Covid-Politik weiter für einen autoritären, aber auch volksnahen Regierungsstil. Die Reaktionen auf die Proteste haben dieses Image akzentuiert, das in den Augen vieler Chinesinnen und Chinesen eher positiv konnotiert ist, auch wenn sich das viele im Westen nicht vorstellen können oder möchten. Mitte Dezember war zu erwarten, dass – sollte keine Gesundheitskatastrophe hereinbrechen – Xi Jinping gestärkt aus der Krise hervorgehen könnte.

Niemand will politische Eskalation, und die Führung wird sich um einen ruhigen Kurs bemühen. Das könnte den Beziehungen mit Taiwan zugutekommen. China möchte zurzeit keine großen Spannungen mit dem Westen. Ein Angriff auf Taiwan hätte für die Wirtschaft heftige Konsequenzen. Die Legitimität der chinesischen Regierung ist eng mit dem Versprechen von Wohlstand und der Begrenzung sozialer Ungleichheit verbunden. Diesbezüglich vertrauen ihr die meisten Menschen durchaus.

Weißes Papier als Symbol für mangelnde Redefreiheit: Demonstrierende in Peking Ende November.

Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Koki Kataoka

BERTHOLD M. KUHN ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet an der Freien Universität Berlin und als Berater für internationale Organisationen und Denkfabriken.
berthold.kuhn@fu-berlin.de

Gedenken and die Hungersnot-Toten der frühen 1930er-Jahre: Detail des Kiewer Holodomor-Denkmals.

Foto: picture-alliance/AA/Andre Luis Alves

SCHWERPUNKT

Kollektive Traumata

„Die Regierung hat Matabeleland nach dem Völkermord systematisch vernachlässigt."
ZENZELE NDEBELE UND BHEKIZULU TSHUMA, S. 21

„Die Aussicht, einen ehemaligen Staatschef vor Gericht zu stellen, elektrisiert Gambias Bevölkerung."
BABA G. JALLOH, S. 23

„Um über traumatisierende Ereignisse zu schreiben, bedarf es eines konstruktiven, konfliktsensiblen Journalismus."
ROUSBEH LEGATIS, S. 25

„Hindus und Muslime, die jahrhundertelang zusammengelebt hatten, wurden auseinandergerissen."
SUPARNA BANERJEE, S. 27

„‚Eichmann in Jerusalem' und andere Bücher von Hannah Arendt wurden zu Klassikern."
SUPARNA BANERJEE, S. 30

„Viele Maßnahmen der Flüchtlingshilfe in Uganda sind auf die Stärkung von Frauen ausgerichtet."
ROSELYN DAVINA VUSIA, S. 32

Viele Opfer bekamen nicht einmal ein eigenes Grab.

GENOZID

Als ZANU Jagd auf ZAPU machte

Nach langem bewaffneten Kampf errang Simbabwe 1980 die Unabhängigkeit von Großbritannien. Was dann folgte, traumatisierte viele Menschen noch mehr als der Befreiungskrieg – besonders in der südlichen Region Matabeleland.

Von Zenzele Ndebele und Bhekizulu Tshuma

Die Unabhängigkeit des Landes errangen zwei Befreiungsbewegungen gemeinsam: die Zimbabwe African People's Union (ZAPU) und die Zimbabwe African National Union (ZANU). Letztere ist die aktuelle Regierungspartei.

Die ZAPU wie auch die ZANU hatten militärische Flügel. Sie kämpften an verschiedenen Fronten, aber mit dem gemeinsamen Ziel, das Land von der Herrschaft der weißen Minderheit zu befreien.

Das Gefühl der Einheit währte nicht lange. Nach der Unabhängigkeit gewann die ZANU die Wahlen und startete bald eine Desinformationskampagne gegen ihre früheren Mitstreiter. Premierminister Robert Mugabe, Präsident von 1987 bis 2017, beschuldigte den ZAPU-Führer Joshua Nkomo, das Land zu destabilisieren, indem er Andersdenkende gegen die Regierung mobilisiere. Die ZANU verteufelte die ZAPU und unterstellte deren Führern, eine demokratisch gewählte Regierung stürzen zu wollen. Mugabe sagte öffentlich, die „Dissidentenpartei und ihr dissidenter Vater" verdienten die totale Vernichtung.

Die ZAPU war besonders stark im Süden des Landes, in Matabeleland, wo hauptsächlich Ndebele gesprochen wird. Die Menschen dort, ob sie die ZAPU unterstützten oder nicht, hofften 1980, die Unabhängigkeit feiern zu können. Stattdessen wurden sie betrogen. Die ZANU-Anführer verkauften sich als die einzig wahren Patrioten der jungen Nation, dabei repräsentierten sie nur die Gruppe der Shona-Sprachigen, die sie im Unabhängigkeitskampf versammelt hatten. Was folgte, war ein Völkermord mit dem Namen Gukurahundi. Politisch Unbeteiligte wurden getötet, Frauen und Kinder abgeschlachtet mit der Begründung, sie seien mit Dissidenten verwandt.

Schwangere wurden brutal ermordet, „weil sie Kinder von Dissidenten in sich trugen". Auch Männer, die schlicht Ndebele sprachen, wurden getötet. Man hielt ihnen vor, Dissidenten zu sein oder Dissidenten zu unterstützen. Die ZANU-Regierung wollte die ZAPU auslöschen. Mehr als 20 000 Menschen starben, die meisten davon Ndebele-Sprachige.

Die Regierungsmacht der schwarzen Mehrheit im Land erwies sich in Matabeleland als Tyrannei der Wahlmehrheit. Die Gefolgsleute der ZAPU hatten erwartet, dass „Unabhängigkeit" und „Freiheit" für alle Menschen in Simbabwe gelten würden. Genau dafür hatten sie gekämpft. Was sie bekamen, war völkermörderisches Blutvergießen.

TÖDLICHE DESINFORMATION

Die Gewalt wurde begleitet von einer Desinformationskampagne, die Nkomo und seine Partei in Verruf brachte. Die Kampa-

Foto: picture-alliance/REUTERS/PHILIMON BULAWAYO

gne schürte Angst und Misstrauen – und spaltete die beiden wichtigsten ethnischen Gruppen.

Tatsächlich betreibt die jetzige Regierungspartei ZANU nach wie vor Identitätspolitik, um ihre Basis zu mobilisieren. Sie schürt Spannungen, um an der Macht zu bleiben, und lenkt von Armut und Korruption ab, die das Gemeinwohl gefährden. Bis heute begegnen sich Shona-Sprachige und ihre Ndebele sprechenden Landsleute mit Misstrauen.

Die ZANU-Regierung hat Matabeleland nach dem Völkermord systematisch vernachlässigt. Sie investierte kaum in die Entwicklung der Region, etwa in die Infrastruktur. Für Schulen, Kliniken, Stromversorgung, Wohnungsbau und andere Bereiche gab sie weniger aus als in den überwiegend Shona-sprachigen Gebieten.

In Matabeleland gibt es zudem nur wenige Medien. Den politischen Diskurs prägen vor allem Medienhäuser aus der Hauptstadt Harare – nicht aus Bulawayo, dem wichtigsten Ballungsgebiet von Matabeleland.

Das Internet gibt nun allerdings Marginalisierten die Chance, sich unabhängiger als bisher zu informieren. Daher hat das nichtstaatliche Centre for Innovation & Technology (CITE – Zentrum für Innovation & Technologie) 2021 das Projekt „Medien- und Informationskompetenz in Matabeleland“ gestartet (siehe Kasten unten). Es soll Menschen dabei helfen, falsche oder ungenaue Informationen zu erkennen und auch gezielte Desinformation zu entlarven, die in die Irre führen soll. Auch sollen die Menschen vor Ort lernen, sich digital mit anderen auszutauschen. Das Internet ist somit ein Raum, in dem Menschen in Simbabwe autoritärer Desinformation entgehen können.

Das CITE-Projekt kann also in doppelter Hinsicht transformativ sein. Es hilft den Menschen vor Ort, verlässliche Informationen zu finden, und ermöglicht es ihnen gleichzeitig, auf Desinformation mit präziseren Infos zu reagieren.

ZENZELE NDEBELE
leitet das unabhängige Zentrum für Innovation & Technologie (CITE) in Bulawayo, Zimbabwe. Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag bei der FOME-Konferenz 2022 in Hamburg. Sie wurde ausgerichtet von der Interlink Academy im Namen des „Forums Medien und Entwicklung“.
https://twitter.com/zenzele
https://cite.org.zw/

BHEKIZULU TSHUMA
ist Journalist und Mediendozent an der National University of Science and Technology in Bulawayo.

Medienkompetenz zählt

Im Rahmen des Projekts „Medien- und Informationskompetenz in Matabeleland“ lernen Teilnehmende die Grundlagen von Faktenchecks. Zudem geht es darum, wie man sich sicher im Internet bewegt und Onlineinhalte erstellt. Angeboten wird das Projekt vom nichtstaatlichen Centre for Innovation & Technology (CITE – Zentrum für Innovation & Technologie) in Bulawayo.

Um zu beurteilen, wie verlässlich Informationen sind, gilt es, Quellen zu überprüfen und zu verifizieren. Wird in einem Artikel etwa nur eine Quelle zitiert und werden andere Ansichten nicht berücksichtigt, ist er wenig vertrauenswürdig. Auch Kohärenz und Logik sind wichtig. Es kann auch hilfreich sein, Inhalte einzelner Nachrichten und Artikel mit anderen Informationsquellen zu vergleichen. Im Zweifel ist es sinnvoll, Fachleute zu fragen. Bei Fotos ist zu prüfen, ob auffällige Orientierungspunkte stimmen und ob andere Bilder dasselbe Motiv aus anderer Perspektive zeigen.

Wer Social Media nutzt, muss zudem wissen, dass etwas nicht gleich stimmt, nur weil es viral geht. Desinformation wird oft sensationslüstern aufbreitet. Anders als ungewollte Falschinformation will sie möglichst viele Menschen in die Irre führen. Medienkompetenz bedeutet, den Unterschied zu kennen.

Leider spielt sie auch in reichen Ländern in der Schulbildung kaum eine Rolle, wie die Debatte über Fake News der vergangenen Jahre zeigt. In Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen ist die Lage meist noch schlimmer – vor allem dort, wo autoritäre Regierungen herrschen. In Simbabwe ist die Partei, die vor vier Jahrzehnten einen Völkermord koordiniert hat, noch immer an der Macht (siehe Hauptartikel).

Das CITE schult Einzelpersonen auf lokaler Ebene darin, Nachrichten kritisch zu hinterfragen, bevor sie ihnen glauben oder sie weiterleiten. Vor allem die junge Generation nutzt digitale Technologien mit Begeisterung, weiß aber zugleich kaum, was vor vierzig Jahren in Matabeleland geschah. Auch auf die Gegenwart bezogene Desinformation wird weiterhin strategisch eingesetzt und muss als solche erkannt werden.

Das Projekt zeigt den Teilnehmenden auch, wie sie ihre eigenen Geschichten auf digitalen Plattformen erzählen können. Junge Menschen sollten lernen, Handys und Social Media effektiv zu nutzen. CITE-Kurse beinhalten daher auch die Produktion von Texten, Bildern und Videos.

Ziel der Medienkompetenzworkshops ist es, den Menschen in Matabeleland bewusst zu machen, wie Desinformation im Gukurahundi-Völkermord zur Waffe wurde. Dazu gehört auch, Informationen aus zuverlässigen Quellen bereitzustellen, die es im Internet durchaus gibt.

Wichtig ist auch digitale Sicherheit. Viele verwenden vorhersehbare Passwörter, nutzen dasselbe Passwort für alle Onlinekonten oder halten ihre Passwörter nicht geheim. Sie müssen lernen, dass sie mit unsicheren Passwörtern Gefahr laufen, angegriffen zu werden und sowohl Daten als auch Geld zu verlieren. ZN, BT

POSTDIKTATORISCHE GESELLSCHAFT

Lehren aus der Vergangenheit

Nach dem Ende einer Autokratie muss sich die politische Kultur eines Landes wandeln, um künftige Menschenrechtsverletzungen auszuschließen. Deshalb muss eine Wahrheitskommission nicht nur Fakten auswerten, sondern auch die Öffentlichkeit nachhaltig einbeziehen. Hier berichtet der ehemalige Exekutivsekretär der Wahrheitskommission in Gambia von seinen Erfahrungen.

Von Baba G. Jallow

Am 25. November 2017 verabschiedete die gambische Nationalversammlung den Gesetzesentwurf zur Einrichtung der TRRC (Truth Reconciliation and Reparations Commission – Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission). Die Kommission begann ihre öffentlichen Anhörungen im Januar 2019 und überreichte im November 2021 Präsident Adama Barrow ihren Abschlussbericht.

Einen Monat später, am 24. Dezember, veröffentlichte die Regierung den Bericht. Ihre Reaktion folgte im Mai 2022 in Gestalt eines Weißbuchs. Das war eine gute Nachricht für die Opfer, ihre Familien und viele andere Menschen in Gambia und jenseits der Landesgrenzen. Die Regierung akzeptierte von den 275 Empfehlungen der Kommission alle bis auf zwei.

Die beiden abgelehnten Vorschläge waren von geringer Bedeutung. Sie betrafen persönliche Angelegenheiten eines Geheimdienstmitarbeiters und von zehn Richtern aus anderen westafrikanischen Ländern. Auch weitere abweichende Entscheidungen der Regierung waren nebensächlich.

Die Kommission empfahl, jene strafrechtlich zu verfolgen, die sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten – darunter den ehemaligen Diktator des Landes, Yahya Jammeh, der jetzt in Äquatorialguinea lebt, sowie seine engsten Vertrauten. Drei Mitglieder seines Todesschwadrons, das „the Junglers" genannt wurde, stehen derzeit in den USA, der Schweiz und Deutschland vor Gericht. Die Anklagen basieren auf dem Universalitätsprinzip, wonach ein Gericht nicht für den Ort zuständig sein muss, an dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden, um ein Verfahren einzuleiten. Allgemein wird erwartet, dass das Universalitätsprinzip auch Jammeh eines Tages einholen wird, selbst wenn Gambia keine Strafverfolgung einleitet.

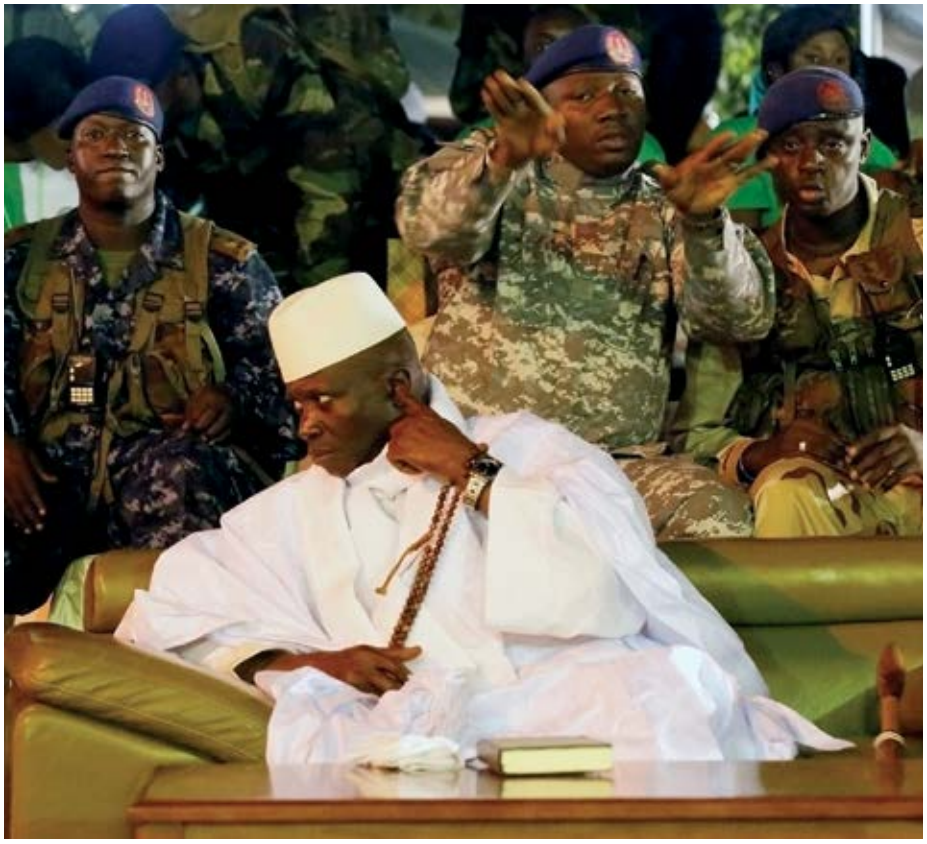
Die Aussicht, einen ehemaligen Staatschef vor Gericht zu stellen, elektrisiert Gambias Bevölkerung – aber auch andere Empfehlungen sind wichtig. Der transformative Auftrag einer Wahrheitskommission hängt von verfassungsrechtlichen und kulturellen Reformen ab. Staatliche Institutionen müssen Rechenschaft ablegen, und Bürgerinnen und Bürger müssen eine Stimme erhalten, um sich gegen Grundrechtsverletzungen wehren zu können.

Die TRRC empfahl deshalb Reformen, um Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen durch Amtsinhaber zu verhindern. In weiteren Empfehlungen ging es um politische Bildung, Versöhnung und sozialen Zusammenhalt sowie die Entschädigung der Opfer.

Die TRRC war ein Wahlkampfversprechen Barrows, als er 2016 als Koalitionskandidat gegen den gestürzten Diktator antrat. Gambia hatte 22 Jahre brutale Diktatur hinter sich. Es gab viele Fälle von Folter, außergerichtlichen Tötungen und verschwundenen Personen – und zahlreiche Gerüchte über ähnliche Taten. Viele wollten die Wahrheit erfahren, deshalb kam Barrows Versprechen, eine Institution zur Wahrheitsfindung einzusetzen, gut an, ebenso wie sein schnelles Handeln nach Amtsantritt als Präsident.

TYPISCHE EINWÄNDE

Dennoch lief nicht alles reibungslos. Eine kleine, aber kritische Masse äußerte Bedenken. Einige meinten, die Verbrechen des früheren Regimes seien bekannt, und die Schuldigen sollten einfach verhaftet und vor Gericht gebracht werden. Manche war-



Yahya Jammeh herrschte mit roher Gewalt.

Foto: picture-alliance/REUTERS/THIERRY GOUEGNON

fen der Regierung vor, die Wahrheitskommission als Vorwand zu nutzen, um sich vor dringenderen Aufgaben zu drücken. Andere meinten, die Kommission sei nur eine Geldbeschaffungsmaßnahme für die Beteiligten und werde nichts bewirken. Einige wollten sich nicht beteiligen. Sie beharrten darauf, Yahya Jammeh habe keine Verbrechen begangen, und warfen der TRRC vor, eine Hexenjagd zu betreiben.

Solche Einwände werden häufig gegen Wahrheitskommissionen erhoben. Ihr Zweck ist es, Täterinnen und Täter zu schützen. Sie müssen trotzdem ernst genommen werden.

Angesichts der Erfahrungen mit Wahrheitskommissionen in vielen Ländern kann man skeptisch gegenüber ihre Wirksamkeit sein. Von Lateinamerika bis Asien und Afrika haben diese Kommissionen Millionen Dollar an öffentlichen Geldern verschlungen, letztlich aber wenig Positives bewegt.

Oft reagierten die Regierungen nicht adäquat auf die meist gute Arbeit der Kommission. Die Behörden ignorierten Abschlussberichte und Empfehlungen, spielten sie herunter oder verweigerten sogar die Veröffentlichung. Wenn Regierungen aber kein Interesse an der Vergangenheitsbewältigung haben, gefährden sie den gesamten staatlichen Übergangsprozess.

In Gambia war man sich dieses Risikos von Anfang an bewusst. Die Verantwortlichen der TRRC wollten sicherstellen, dass das Projekt einen Wandel bewirken würde. Sie wollten die politische Kultur des Landes verändern, um Diktatur, politische Straflosigkeit und massive Menschenrechtsverletzungen für die Zukunft zu vereiteln. Die Zeit dafür war allerdings knapp.

Geschichtlich betrachtet haben bestimmte soziokulturelle Faktoren die Diktatur Jammehs ermöglicht. Er stützte sich auf Geheimpolizei, Geheimdienst und sein Todesschwadron. Das Schweigen und die vermeintliche Akzeptanz solcher Brutalität waren aber durch sozio-kulturelle Faktoren begünstigt – insbesondere durch den weitverbreiteten Glauben, die Regierung sei von Gott selbst eingesetzt. Für die meisten in Gambia fühlte sich Widerstand gegen Jammeh deshalb an wie Widerstand gegen Gott.

Eine Wahrheitskommission kann solche Probleme nicht erkennen, wenn sie sich nur auf einzelne Fälle brutaler Unterdrückung konzentriert. Die TRRC stellte deshalb die mittelalterliche Vorstellung eines allmächtigen, unfehlbaren Monarchen infrage und betonte die Grundsätze eines modernen Nationalstaates mit Gewaltenteilung und unveräußerlichen Rechten für alle Bürgerinnen und Bürger.

Sie versuchte auch, die Öffentlichkeit einzubeziehen und Fehler früherer Kommissionen in anderen Ländern zu vermeiden (siehe Kasten unten). Ihre Strategie hat sich bewährt. Die gambische Gesellschaft hat sich tiefgreifend verändert. Es gibt zwar immer noch Polizeigewalt und Machtmissbrauch, allerdings löst das jetzt regelmäßig Proteste aus. Vor allem in den Städten, wo traditionelle Einstellungen weniger verbreitet sind als im Hinterland, ist eine Kultur des zivilen Widerstands entstanden.

BABA G. JALLOW
ist der ehemalige Exekutivsekretär der gambischen Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Wiedergutmachung (TRRC).
gallehb@gmail.com

Die Never-Again-Kampagne

Die Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission in Gambia (TRRC – Truth Reconciliation and Reparations Commission) war nicht die erste ihrer Art. Sie konnte aus Fehlern anderer Länder lernen, wo Kommissionen sich tendenziell abkapselten und oft ganze Bevölkerungsgruppen ausschlossen. Teils hielten sie eine Beteiligung der Öffentlichkeit nicht für notwendig oder sinnvoll. Teils fehlten die Mittel, um mehr Beteiligung zu ermöglichen.

In Gambia wollte die TRRC die Bevölkerung einbeziehen. Alle Interessierten sollten erfahren können, was geschehen war. Opfer konnten öffentlich machen, wer sie gepeinigt hatte, und Täterinnen und Täter konnten sich öffentlich zu ihren Verbrechen bekennen. Das Ziel: Wer künftig leugnen wollte, dass es Menschenrechtsverletzungen gegeben habe, sollte es so schwer wie möglich haben.

Früher lag der Großteil der Arbeit bei den Mitgliedern der Wahrheitskommissionen selbst, mit etwas technischer Unterstützung durch ein Sekretariat und einige Fachleute. In der Regel waren die Mitglieder überfordert. Sie mussten unter anderem Untersuchungen voranbringen, Zeuginnen und Zeugen vernehmen und die Ergebnisse dokumentieren. So waren sie oft weniger effektiv, als sie hätten sein können.

Die TRRC in Gambia war sich dieser Herausforderungen bewusst und stützte sich auf die beiden Grundsätze der Inklusivität und der Transparenz. Inklusivität bedeutet, dass spezialisierte Abteilungen des Sekretariats daran beteiligt waren, viele Menschen einzubeziehen und Opfer zu unterstützen. Im Rahmen der sogenannten Never-Again-Kampagne engagierten sie sich vor Ort im ganzen Land. Ziel der Kampagne war, die Menschen darüber ins Gespräch zu bringen, was geschehen war, wie und weshalb es passierte und wie man es künftig verhindern könnte. In dieser Zeit entstanden viele Opferorganisationen, die sich an den Anhörungen der TRRC beteiligten und sich maßgeblich für Gerechtigkeit im Sinne der Opfer einsetzten. Diese Organisationen sind immer noch aktiv.

Für Transparenz sorgte die Kommission, indem sie ihre Veranstaltungen – öffentliche Anhörungen und Ortsbesichtigungen – nicht nur live im Fernsehen und Radio übertrug, sondern auch auf Social-Media-Plattformen streamte. Interessierte konnten das Geschehen genau verfolgen.

Die Ergebnisse machen Mut (siehe Haupttext). Für viele Fachleute gilt die gambische TRRC deshalb inzwischen als ein Best-Practice-Beispiel. BJ

Zum Gedenken an den Genozid von 1994 demonstrieren Menschen in der ruandischen Hauptstadt Kigali, 2018.

TRAUMATA

Vielen Gehör verschaffen

Kriege und Konflikte verursachen weltweit schwerwiegende Traumata, sowohl für Individuen als auch für ganze Gesellschaften. Medien können dabei helfen, das Geschehene aufzuarbeiten und das Zusammenleben konstruktiv zu gestalten. Dafür müssen sich Journalistinnen und Journalisten ihrer Rolle bewusst sein.

Von Rousbeh Legatis

Knapp drei Millionen Menschen wurden zwischen 1989 und 2021 weltweit in Kriegen und bewaffneten Konflikten getötet, wie das in Schweden ansässige Uppsala Conflict Data Program (UCDP) berichtet. Wie viele darüber hinaus im Kontext solcher Auseinandersetzungen Gewalt erfuhren und weiterhin erfahren, ist schwer zu beziffern. Selbst relativ kurze Konflikte können zu schweren individuellen und kollektiven Traumata führen, deren Aufarbeitung sich über Jahrzehnte und Generationen hinweg erstreckt.

In Deutschland besteht beispielsweise nach wie vor große Dringlichkeit, das psychosoziale, politische und kulturelle Erbe des Holocaust immer wieder mit neuen Ansätzen und Methoden zu bearbeiten, auch 80 Jahre und drei Generationen nach der zwölfjährigen NS-Herrschaft. Und in Ruanda sind die Bemühungen um eine juristische, psychosoziale und politische Aufarbeitung der Folgen des Genozids von 1994 alles andere als abgeschlossen. Damals wurden in 100 Tagen mindestens 800 000 Angehörige des Tutsi-Volkes ermordet.

Individuelle Traumata sind dabei zu unterscheiden von kollektiven Traumata. Erstere sind psychoemotionale Reaktionen auf ein einschneidendes Erlebnis. Sie können sich als lang anhaltende Wunden in der menschlichen Psyche manifestieren, mit schwerwiegenden körperlichen Auswirkungen. Es ist dabei wichtig, zu differenzieren zwischen dem katastrophalen Ereignis selbst – beispielsweise Krieg, eine Naturkatastrophe oder der Tod eines geliebten Menschen – und dem individuellen Umgang damit. Der kanadische Mediziner Gabor Maté beschrieb dies so: „Trauma ist nicht das Schlimme, das dir passiert, sondern das, was in dir passiert als Ergebnis dessen, was dir widerfahren ist."

ENTSTEHUNG KOLLEKTIVER TRAUMATA

Individuelle Traumata werden häufig jahrelang verschwiegen und verdrängt, sie bedürfen persönlicher Aufarbeitung. Ein kollektives Trauma ist hingegen nicht einfach die Summe individueller Erfahrungen ganzer Bevölkerungsgruppen. Vielmehr formt es sich erst durch die Bedeutung, die ihm gesamtgesellschaftlich verliehen wird, etwa durch Gedenktage, Mahnmale und Rituale, aber auch Storytelling jeglichen Genres. Sie helfen, ein gemeinsames Narrativ zu schaffen, das als Grundlage für weiteres gesellschaftliches Handeln dient, wie der Soziologe Jeffrey Alexander und die Soziologin Elisabeth Butler Breese betonen (in Eyermann et al. 2016).

Medien können vielstimmige Erzählungen sichtbar und einer großen Anzahl an Menschen zugänglich machen. Journalistinnen und Journalisten kommt dabei große Verantwortung zu. Sie entscheiden, welche mediale Bedeutung bestimmte Ereignisse erhalten, und beeinflussen mit ihren Beiträgen die Wahrnehmung aller Beteiligten.

Das beginnt bereits bei der Berichterstattung über Konflikte (Legatis 2015). Hier ist entscheidend, bisher unbeachtete Akteurinnen und Akteure einzubeziehen, um zu Unrecht dominierenden Narrativen über Konflikte entgegenzuwirken. Dies geschieht, indem alternative – wahrhaftige und faktengesicherte – Sichtweisen aufgezeigt werden. Insbesondere müssen benachteiligte Gemeinschaften mit hohen Opferzahlen Raum bekommen, ihre Sicht zu schildern.

Notwendig sind solche Interpretationsangebote, weil sich in längeren gewalttätigen Konflikten die Wahrnehmung der beteiligten Akteurinnen und Akteure verzerren und ihre Sichtweise verengen kann. Dies hat gravierende psychosoziale Folgen für die Bevölkerung und ebenso für die Transformierbarkeit eines Konflikts. Selbst- und Fremdwahrnehmung verhärten, Feindbilder verfestigen sich. Solche Dynamiken von Polarisierung und Hass gilt es aufzubrechen. Das dauert allerdings lange, ist mühsam und für Einzelne durchaus schmerzhaft.

NEUE PERSPEKTIVEN

Nach Massengewalt und systematischen Menschenrechtsverletzungen müssen die betroffenen Menschen Kraft für neue Perspektiven entwickeln. Damit die Transformation in eine Gesellschaft mit friedensfördernden Strukturen gelingt, ist es entscheidend, dass sie sich zukunftsorientierte Formen des Zusammenlebens vorstellen und diese im öffentlichen Diskurs aushandeln können.

Foto: picture-alliance/AA/Stringer

Medien tragen zu solchen Peacebuilding-Prozessen bei, wenn sie mit ihrer Themensetzung sowohl politisch Verantwortlichen, als auch Vertreterinnen und Vertretern der Konfliktparteien und der betroffenen Bevölkerung die Möglichkeit eröffnen, eigene Wahrnehmungen und Erklärungsmuster kritisch zu überprüfen. So unterstützen sie den Versuch, sowohl die eigene verhärtete Konfliktidentität als auch die der anderen Seite verständlicher und eventuell einer Veränderung zugänglich zu machen – geht es bei der Bearbeitung kollektiver Traumata doch darum, unterdrückte Diskurse ans Licht zu bringen, konstruktive Kritik herauszuhören und Dialoge zu schaffen, in denen allen relevanten Seiten Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Damit Medien ihren Beitrag dazu leisten können, sind die Qualität ihrer Produkte und ihre Motivation für die Berichterstattung ausschlaggebend. Es wäre naiv, anzunehmen, Medienschaffende verfolgten keine eigenen Agenden und Interessen. Sie nehmen selbst Rollen als politische Akteurinnen und Akteure ein. Zudem unterliegen Medien eigenen Logiken, das heißt, medial aufbereitete Informationen über Konflikte und Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge werden anhand journalistischer Praktiken selektiert und geformt, bevor sie beim Publikum ankommen. Medienarbeit muss also immer wieder hinterfragt und auf ihre Legitimität hin überprüft werden – auch von den Journalistinnen und Journalisten selbst (siehe Kasten unten).

QUELLEN

Eyerman, R., Alexander, J. C., Butler Brees, E., 2016: Narrating trauma – On the impact of collective suffering. Abington, New York: Routledge.

Legatis, R., 2015: Media-related peacebuilding in processes of conflict transformation. Berghof Foundation.

https://berghof-foundation.org/library/media-related-peacebuilding-in-processes-of-conflict-transformation

ROUSBEH LEGATIS

ist Friedens- und Konfliktforscher. Er berät Organisation zu Friedensprozessen, insbesondere in Lateinamerika.

rousbeh@gmail.com

Von Traumata erzählen

Um über traumatisierende Ereignisse zu schreiben, Dokumentationen und Reportagen zu drehen oder Podcasts zu fertigen, bedarf es eines konstruktiven, konfliktsensiblen Journalismus. Das bedeutet für Medienschaffende, sich nicht nur über lokale oder globale Kontexte eines Konflikts und seine Geschichte zu informieren, sondern auch die eigene Haltung zu den Ereignissen zu reflektieren und sich bewusst zu machen, in welchen Machtstrukturen sie selbst agieren. Sie sollten Interviews mit Opfern und Überlebenden sensibel führen. Vor laufender Kamera über die Ermordung des eigenen Kindes zu berichten birgt etwa die Gefahr schwerer Retraumatisierung in sich. Die Mühen psychosozialer Arbeit mit Traumata werden so konterkariert. Zudem können journalistische Praktiken – bewusst oder unbewusst – so zur Anwendung kommen, dass einzelnen Überlebenden in mediatisierten Öffentlichkeiten die Kontrolle über das persönliche Narrativ genommen wird, was retraumatisierend auf Betroffene zurückwirken kann.

Um solche Fehler zu vermeiden, sollten Medienschaffende sich fortwährend darüber informieren und dazu weiterbilden, wie Traumata entstehen und welche Konzepte es für den Umgang mit ihnen gibt. Menschen, die Folter, sexuelle Gewalt, Verfolgung oder Flucht hinter sich haben, sollten beispielsweise nicht primär die erlittene Gewalt ständig und wiederholt schildern. Ihnen sollte stattdessen vermittelt werden, dass sie stark sind: Sie haben die traumatisierenden Ereignisse überlebt. Hier gilt es – auch medial und journalistisch – anzusetzen.

Für konfliktsensiblen Journalismus werden im Rahmen mancher Peacebuilding-Prozesse Schulungen und Trainings angeboten. Um die Rolle von Medienschaffenden bei der Bearbeitung kollektiver Traumata zu stärken, sollten daran allerdings nicht nur jene teilnehmen, die die Berichterstattung vor Ort leisten, sondern auch Chefredaktionen und Geschäftsführung. Die Verantwortlichen müssen für die Finanzierung solcher Fortbildungen sorgen, Zeit dafür einräumen und so ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu motivieren, diese Angebote wahrzunehmen.

Damit sind nicht nur jene gemeint, die in großen Redaktionen und internationalen Medienunternehmen (hoffentlich) ständig thematische und methodische Weiterbildungen zur Verfügung gestellt bekommen, sondern vor allem auch Journalistinnen und Journalisten in lokalen Medien, die, oft auf sich allein gestellt, in abgelegenen Regionen arbeiten. Häufig kommen sie am ehesten in Kontakt mit Überlebenden, denn sie sind nahe dran an jenen betroffenen Gemeinden, in denen massive Gewalttaten stattfanden. Dort also, wo im Nachhinein eine Form gefunden werden muss, mit den kollektiven Traumata gesamtgesellschaftlich umzugehen. RL

Medienschaffende sollten sensibel mit Betroffenen umgehen.

Foto: Andrés Monroy Gómez

IDENTITÄTSPOLITIK

Eine Geschichte der Trauer

Die Teilung Indiens im Jahr 1947 ruft bis heute starke Emotionen hervor. Sie war das Ergebnis einer tief verankerten Identitätspolitik, die ihre Wurzeln im kolonialen Indien hat und Hindus gegen Muslime ausspielt. Die Spaltung des Kolonialreichs führte zu kollektivem Trauma und befeuerte auf allen Seiten der Grenzen religiös-kodierte Identitätspolitik.

Von Suparna Banerjee

Indien, das Kronjuwel des britischen Imperiums, erlangte 1947 die Unabhängigkeit. Das führte zur Teilung des Subkontinents – in das mehrheitlich hinduistische Indien und das mehrheitlich muslimische Pakistan. Im Rahmen ihrer Kolonialstrategie hatten die Briten bewusst Hindus und Muslime gegeneinander ausgespielt und Religion zum wichtigsten Identitätsmerkmal gemacht. 1947 führte das zu brutalem Blutvergießen und andauernden seelischen Wunden.

Vor der Unabhängigkeit wurde 1947 eine Grenzkommission eingesetzt. Schwierig war, die Provinzen Bengalen im Osten und Punjab im Westen zu teilen, in denen keine Glaubensgemeinschaft eine klare Bevölkerungsmehrheit stellte, wie das in den meisten Regionen des Subkontinents der Fall war.

Der Vorsitzende der Grenzkommission, der britische Jurist Sir Cyril Radcliffe, hatte fünf Wochen Zeit, um die Grenze zu ziehen. Er war nie in Indien gewesen, konnte aber immerhin einige Gebiete bereisen, bevor er über deren Zukunft entschied. Radcliffe versuchte, religiös homogene Regionen zu schaffen. Teile Punjabs wurden Indien, andere Pakistan. So geschah es auch mit Bengalen, wobei aus dem pakistanischen Gebiet später Bangladesch wurde.

1947 hatte Pakistan zwei Gebiete – ein östliches und ein westliches, die durch die riesige Landmasse Indiens voneinander getrennt waren. Eine Generation später wurde Ostpakistan in einem Befreiungskrieg zu Bangladesch. Die bengalische Bevölkerung hatte außer der Religion tatsächlich kaum Gemeinsamkeiten mit westpakistanischen Menschen. Rückblickend ist klar, dass die Idee eines einheitlichen Pakistans ziemlich absurd war.

Als die Unabhängigkeit Indiens und Pakistans am 17. August bekannt gegeben wurde, brach Chaos aus. Hindus und Muslime, die jahrhundertelang zusammengelebt hatten (wenn auch vermutlich nicht immer harmonisch), wurden auseinandergerissen. Es folgten Plünderung und Brandstiftung. Eigentum wurde zerstört, Frauen wurden vergewaltigt und Kinder ermordet. Es gibt keine zuverlässigen Statistiken, aber Historiker gehen von 15 Millionen Vertriebenen und 2 Millionen Toten aus.

Hindus flohen nach Indien und Muslime nach Pakistan. Manche Männer töteten ihre eigenen Frauen und Kinder, damit sie nicht von Fremden vergewaltigt oder missbraucht werden konnten. Unzählige Menschen begingen Selbstmord, um dem erwartbaren Grauen zu entgehen. Im Punjab fuhren in beiden Richtungen Züge voller Leichen über die neue Grenze.

Die Krise war besonders tiefgehend, weil es viele Menschen überraschte, auf welcher Seite der Grenze sie sich befanden. In Bengalen dachten die Menschen in den mehrheitlich muslimischen Bezirken Murshidabad und Malda, sie würden zu Pakistan gehören. Stattdessen wurden sie indisch. Manche hatten schon pakistanische Flaggen entrollt. Das überwiegend hinduistische Khulna hingegen war nun Pakistan.

Den britischen Beamten Radcliffe bedrückte die Gewalt nach der Grenzziehung. Die südindische Zeitung „The Hindu“ berichtete 2021, dass er seine Papiere verbrannte, sein Honorar von 40 000 Rupien ablehnte und nie wieder in das Land zurückzukehrte.

Millionen von Menschen wurden schwer traumatisiert. Viele hatten ihre Familien und ihr Zuhause verloren. Sie wurden zu Flüchtlingen, die nicht mehr zurückkehren konnten. Wer blieb, wurde Zeuge von Mord

Tote der Teilungsunruhen in Neu-Delhi im August 1947.

Foto: picture-alliance/Mary Evans Picture Library/ILLUS

und Vergewaltigung. Sowohl in Indien als auch in den beiden Teilen Pakistans trug das Blutvergießen dazu bei, die neue nationale Identität zu definieren. Dass Hindus und Muslime in Frieden zusammenleben könnten, wie sie es jahrhundertelang getan hatten, erschien vielen Menschen nun undenkbar.

Die Opferzahlen mögen unzuverlässig sein. Klar ist aber, dass Massen schweres Leid erlitten, das Außenstehende nur schwer verstehen konnten. Die American Psychological Association definiert Trauma als „eine emotionale Reaktion auf ein schreckliches Ereignis wie einen Unfall, eine Vergewaltigung oder eine Naturkatastrophe. Unmittelbar nach dem Ereignis sind Schock und Verleugnung typisch". Ein Trauma bleibt bestehen und wirkt sich langfristig auf die Menschen aus, indem es oft ihre Fähigkeit einschränkt, zu arbeiten, andere zu unterstützen und mit der Normalität des täglichen Lebens umzugehen. Psychosoziale Unterstützung kann jedoch etwas bewirken, vor allem wenn die Ursachen des Traumas öffentlich anerkannt werden.

Ein kollektives Trauma wirkt sich nicht nur auf den Einzelnen aus, sondern auf die gesamte Gemeinschaft und Gesellschaft. Oftmals sind die Auswirkungen noch lange Zeit zu spüren. Weder in Indien noch in Pakistan hat es systematische institutionelle Anstrengungen zur Aufarbeitung der Tragödie gegeben.

Die Täter von Massakern blieben weitgehend straffrei. Skrupellose Politiker profitieren noch immer davon, Glaubensgemeinschaften gegeneinander auszuspielen. Über die Geschichte der Teilung wird nicht faktenorientiert diskutiert, also wird das kollektive Gedächtnis von der Sicht der jeweils eigenen Gemeinschaft bestimmt. Gern wird übersehen, dass Angehörige der eigenen Glaubensgemeinschaft ebenso brutal vorgegangen sind wie die anderen. Historisch verbürgt ist zudem, dass sich nicht alle an der Gewalt beteiligt haben – und dass Nachbarn manchmal Nachbarn des anderen Glaubens retteten.

SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin und lebt in Frankfurt am Main.
mail.suparnabanerjee@gmail.com

Schädliche Identitätspolitik

Die indische Regierungspartei BJP (Bharatiya Janata Party) ist von der Ideologie des Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) inspiriert. Der RSS ist eine hindu-chauvinistische Kaderorganisation, die für Indien eine globale Führungsrolle beansprucht und Muslime in Indien als Fremde sieht.

Auch in Pakistan spielt glaubensbasierte Identitätspolitik eine Rolle, wenn auch auf andere Weise als in Indien. Radikale Sunniten haben es geschafft, den Islam weitgehend als ihre eigene Version des Glaubens neu zu definieren und andere zu diskriminieren.

Es wäre eine Illusion, zu glauben, dass frühere indischen Regierungen nach der Unabhängigkeit 1947 eine harmonische und inklusive Gesellschaft aufgebaut hätten. Meist stellte die Kongresspartei die Regierung, und die Macht lag in den Händen der Eliten der oberen Kasten und Einkommensgruppen. Minderheiten blieben weitgehend ausgegrenzt. Heute sind sie – und besonders die Muslime – Zielscheibe systematischer und institutionalisierter Hetze. So wirkt das Trauma der Teilung heute noch fort.

Es heißt oft, die Kolonialmacht hätte Indien mit nur 15 000 britischen Menschen im Land beherrscht. Sie konnten den riesigen Subkontinent kontrollieren, weil die Unterworfenen zwei Jahrhunderte lang mitmachten und teils die britische Herrschaft auch unterstützten. Wie zuvor unter den muslimischen Mogulen blüte die einheimische Oberschicht in Wohlstand auf.

Die britische Kolonialmacht setzte auf eine Strategie von „Teile und herrsche". Sie spielte Hindus und Muslime gegeneinander aus und schärfte ihnen ein, die religiöse Identität sei entscheidend. Historisch waren Sprache, Kaste und Klasse von mindestens gleicher Bedeutung, zumal das Kastensystem auch andere Glaubensrichtungen als den Hinduismus durchdringt. Nach dem Aufstand von 1857 gegen die Kolonialmacht, an dem Hindus und Muslime beteiligt waren und der in Südasien als „erster Unabhängigkeitskrieg" bezeichnet wird, hielt sich die Kolonialmacht strikt an ihre spalterische Identitätspolitik.

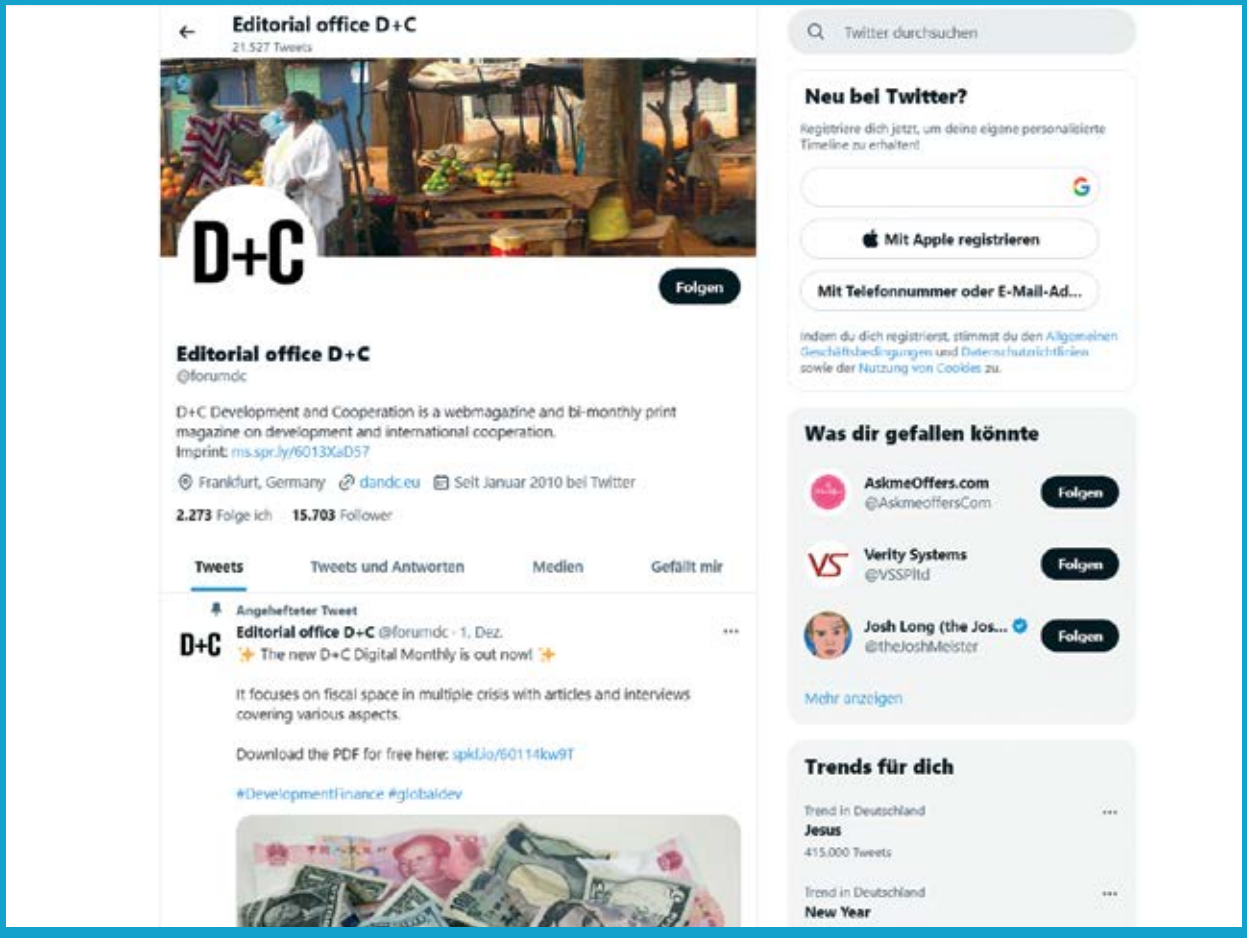
Die 1885 gegründete Kongresspartei war die politische Vorreiterin im Kampf gegen die Kolonialherrschaft. Sie war keine Hindu-Organisation, aber manche Muslime fühlten sich dennoch ausgeschlossen. Daher wurde 1906 die All India Muslim League gegründet. Die Kongresspartei wollte, dass Indien nach der Unabhängigkeit geeint blieb, aber die Muslimliga bestand auf einem eigenen Staat. Sie argumentierte, dass die Menschen ihres Glaubens sonst benachteiligt werden würden.

In den Jahren bis zur Unabhängigkeit des Landes nahmen die Spannungen stark zu, und es verbreitete sich immer mehr Hass. 1946 kam es in Kalkutta zu schrecklichen Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen. Als die Briten ihre Macht abgaben, wurden Indien und Pakistan ein Jahr später zu zwei getrennten Staaten. In beiden Ländern kontrollierten Angehörige der etablierten Eliten die neuen Regierungen. SB

Folgen Sie uns auf Twitter!

Trotz der Veränderungen seit der Übernahme durch Elon Musk nutzen wir die Platform noch. Und Sie? Teilen Sie uns bitte mit, was Sie denken.

www.twitter.com/forumdc



Hannah-Arendt-Porträt 2020 in einer von der Bundesregierung finanzierten Ausstellung zu ihren Ehren.

KOLLEKTIVES TRAUMA

Die Banalität des Bösen

Zionisten beschuldigen auch Juden des Antisemitismus, wenn sie Israel nicht so unterstützen, wie das Zionisten gefällt. Ein frühes Beispiel war Hannah Arendt, deren Buch „Eichmann in Jerusalem" vor 60 Jahren eine Kontroverse auslöste. Es war ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Gräueltaten der Nazidiktatur und totalitärer Herrschaft im Allgemeinen.

Von Suparna Banerjee

Hannah Arendt war eine in Deutschland geborene jüdische Intellektuelle, die aus Nazideutschland floh. Als Reporterin für die amerikanische Zeitschrift New Yorker berichtete sie über den Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem. Eichmann hatte den Transport von über 2 Millionen europäischen Juden in verschiedene Vernichtungslager organisiert – zum Beispiel nach Auschwitz und Treblinka in Polen. Um 1950 gelang es ihm, nach Argentinien zu fliehen. Der israelische Geheimdienst Mossad spürte ihn dort auf, brachte ihn nach Israel und stellte ihn vor Gericht.

Arendts Artikel im New Yorker wurde später in einem Buch veröffentlicht. Als es 1963 erschien, war es höchst umstritten. Arendt wurde sogar des Antisemitismus und des jüdischen Selbsthasses bezichtigt. Der Untertitel des Buches – die Banalität des Bösen – wurde oft missverstanden, und sie bedauerte später, ihn gewählt zu haben. Heute gilt das Buch als klassische Abhandlung über Aspekte totalitärer Herrschaft.

In ihren Augen war Eichmann ein Verbrecher, der die Todesstrafe verdiente. Er war jedoch banal in dem Sinn, dass er Befehle befolgte, seine Pflichten erfüllte und versuchte, seine Karriere voranzutreiben. Dass er das tat, war böse, denn er diente einem verbrecherischem Regime und ermöglichte den Völkermord.

Aus Arendts Berichten geht eindeutig hervor, dass Eichmann selbst nicht von Rassenhass zerfressen war. Er hat auch niemanden direkt getötet oder verletzt. Er hat jedoch nie die Folgen sein Handelns hinterfragt oder die Rechtmäßigkeit des Regimes, dem er diente, infrage gestellt. Er beharrte darauf, dass er nur Pflichten erfüllt habe und folglich nicht er, sondern nur seine Vorgesetzten Schuld trügen. Arendt bezeichnete ihn als „banal" im Sinne eines kleingeistigen Bürokraten.

Dennoch haben manche ihren Untertitel so verstanden, dass sie das Böse der Nazis als „banal" betrachtete. Das hat sie aber keinesfalls getan. Die israelische Staatsanwaltschaft stellte Eichmann als blutrünstiges Monster und Drahtzieher des Völkermordes dar. Arendt bestand darauf, dass dies eine falsche Interpretation seiner Persönlichkeit sei – und dass er nie die offizielle Befugnis gehabt habe, ein solch schreckliches, den ganzen Kontinent umspannendes Vorhaben durchzusetzen.

Sie räumte ein, dass Eichmann sich schuldig gemacht habe und mit seiner Rolle geprahlt hatte. Da er dies unter Naziflüchtlingen in Argentinien getan hatte, wurde er schließlich in seinem Versteck entdeckt. Arendt beharrte jedoch darauf, dass die Beweise zeigten, dass er nichts weiter als ein fleißiger und effizienter Untergebener war, der seine Arbeit gründlich machte und sich nicht um die Folgen kümmerte.

DISSENS MIT ISRAELS PREMIERMINISTER

Viele fanden ihre Einschätzung beunruhigend. Die Öffentlichkeit wollte die Naziverbrecher als Soziopathen und Psychopathen sehen, nicht als gewöhnliche Karrieristen. Der damalige israelische Premierminister David Ben Gurion wollte den Fall Eichmann nutzen, um zu verdeutlichen, dass Juden schon immer diskriminiert wurden und ständig der Gefahr der Verfolgung ausgesetzt waren. Es ging ihm darum, Eichmann

Foto: picture-alliance/dpa/Wolfgang Kumm

als Monster antisemitischen Hasses darzustellen.

Arendt, selbst ehemalige Zionistin, fand Antisemitismus völlig inakzeptabel. Dennoch lehnte sie die Art und Weise, wie Ben Gurion Eichmann sehen wollte, ab. Für sie bedeutete sein Ansatz, das zu ignorieren, was den Nazivölkermord einzigartig machte. Aus ihrer Sicht war der Genozid an den Juden deshalb besonders bösartig, weil er von Funktionären mit niedrigen Rängen kaltblütig und bürokratisch durchgeführt wurde. Eichmann war ein herausragendes Beispiel für einen Beamten, der sich so verhielt, als ob er normale Regierungspolitik umsetzte, ohne sich um das unfassbare Leid zu kümmern, das sie verursachte.

Arendt zufolge hatte der Prozess in Jerusalem Züge eines Schauprozesses. Sie argumentierte, dass der Staat Israel Eichmann niemals angeklagt hätte, wenn er sich seiner Verurteilung nicht sehr sicher gewesen wäre. Wenn aber der Ausgang eines Prozesses schon vor der Verhandlung feststeht, geht es nicht darum, herauszufinden, was genau der Täter getan hat und welche Beweise es gibt. Für Arendt zählte die beispiellose „Banalität" des Massenmordes mehr als ein Schauprozess, der den Antisemitismus betont und damit der Legitimation Israels dient.

Tatsächlich hatte Eichmann formell nicht gegen deutsches Recht verstoßen. Deshalb war er nach eigener Einschätzung auch nicht kriminell. Arendt sah das anders. Sie wies darauf hin, dass das nationalsozialistische Recht gegen grundlegende Prinzipien der Menschlichkeit verstieß. Eichmanns Verbrechen bestand in ihren Augen darin, einem verbrecherischen Regime ehrgeizig und fraglos gedient zu haben.

Als hochrangige Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg in Nürnberg wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurden, entschied der Internationale Gerichtshof, dass ihre Schuld nicht davon abhing, ob sie gegen deutsches Recht verstoßen hatten. Ausschlaggebend war, dass ihre Handlungen schweren Schaden verursacht hatten. Würde man das als normal akzeptieren, wäre es unmöglich, irgendeine Art von friedlicher internationaler Ordnung durchzusetzen. Arendt stimmte diesem Argument zu. In ihren Augen traf es auch auf Eichmann zu.

Arendt war überzeugt, in einem Strafprozess gehe es nicht um das Leid der Opfer, sondern um die Schuld der Täter. Mord – und erst recht Völkermord – betreffe nicht nur die Opfer, sondern störe auch den Frieden in der Gesellschaft und sogar zwischen den Nationen. Um den Frieden und das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen, müsse man sich mit der Schuld auseinandersetzen, argumentierte sie. Dies ist ein wichtiger Teil der Aufarbeitung einer traumatischen Vergangenheit. Die Entschädigung der Opfer ist auch wichtig, aber Arendt betrachtete dies als ein separates Thema.

Eichmann vor Gericht

Arendts Buch löste auch deshalb eine Kontroverse aus, weil es die Rolle der sogenannten „Judenräte" beim Völkermord nicht unter den Teppich kehrte. Diese Räte bestanden aus angesehenen jüdischen Mitgliedern, die ihre Gemeinde verwalten sollten. Sie kooperierten in hohem Maße mit den Nazis, und viele von ihnen konnten als Belohnung dem Holocaust entkommen. Arendt machte deutlich, dass die systematische Weitergabe von Personendaten an die NS-Verwaltung es dem Regime ermöglichte, Juden leicht zu identifizieren. Ohne die Judenräte wäre der Völkermord schwieriger zu organisieren gewesen. Eichmanns Transportlogistik stützte sich zum Beispiel auf solche Informationen.

Für viele Juden war das eine unangenehme Wahrheit. Dementsprechend wurde Arendt schnell und beleidigend des Antisemitismus beschuldigt.

Allerdings lobte sie die Arbeit der Richter in Jerusalem und befürwortete die Todesstrafe für Eichmann. Die Richter, so schrieb sie, hätten dem Angeklagten sehr genau zugehört und sich nicht von der Fokussierung der Anklage auf den Antisemitismus beirren lassen.

Der schlimmste Aspekt der nationalsozialistischen Morde liege in ihrer industriellen Präzision und ihrem Ausmaß, fand Arendt. Dies war nur möglich, weil Menschen wie Eichmann nicht die moralische Dimension der Befehle, die sie befolgten, bedachten oder ihr eigenes Handeln. In diesem Sinne war Eichmann tatsächlich gewöhnlich, trivial oder banal. Seine Arbeit war natürlich nicht gewöhnlich, sondern mörderisch. Dass er nicht von einer ausgeprägten antisemitischen Ideologie angetrieben wurde, machte ihn noch heimtückischer. Arendts Analysen sind der Grund, warum das Buch auch heute noch als wichtig betrachtet wird. Ihre Berichte aus Jerusalem zeigten wichtige Merkmale des Totalitarismus auf.

Menschen, die Böses tun, tun es vielleicht nur, weil sie banal unverantwortlich sind. Unter einer anderen Regierung wäre Eichmann vielleicht harmlos gewesen. Was ihn bösartig machte, war, dass er Befehle bedingungslos befolgte, und nicht dass er tief in seinem Inneren den Wunsch hatte, andere zu töten und zu schädigen. Er machte sich schuldig, weil er das Leid, das er verursachte, nicht bedachte.

Dieser Punkt ist wichtig, um nicht nur die Gräueltaten der Nazis, sondern auch Verbrechen unter totalitärer Herrschaft im Allgemeinen zu verstehen. „Eichmann in Jerusalem" und andere Bücher von Arendt wurden zu Klassikern. Die Autorin verdient Aufmerksamkeit in einer Zeit, in der autoritäre Führer vielerorts an Einfluss gewinnen.

BUCH

Arendt, H., 2011: Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München, Piper. (Die Originalausgabe wurde1963 von Viking Press in den USA veröffentlicht).

SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin aus Frankfurt.
mail.suparnabanerjee@gmail.com

Foto: picture-alliance/United Archives/91050/United_Archives/TopFoto

Geflüchtete aus der Demokratischen Republik Kongo passieren im Oktober 2022 das Grenzgebiet von Bunagana in Uganda.

GEFLÜCHTETE

Politik der offenen Tür

Uganda ist nicht nur das größte Aufnahmeland für Geflüchtete in Afrika, sondern eines der fünf größten weltweit. Das Besondere ist Ugandas progressive Haltung in der Flüchtlingsfrage. Da sehr viele Menschen vor Unruhen und Willkür fliehen, schätzen internationale Geber Ugandas wertvolle Dienste für die internationale Gemeinschaft.

Von Roselyn Davina Vusia

Das ostafrikanische Land mit einer Bevölkerung von knapp 50 Millionen Menschen beherbergt mehr als 1,5 Millionen Geflüchtete, die hauptsächlich aus dem Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo stammen.

Anders als in anderen Aufnahmeländern leben die Geflüchteten in Uganda nicht in eingezäunten Lagern. Das Land verfügt über eine gut entwickelte und gut umgesetzte Flüchtlingshilfe, die Eigenständigkeit fördert. Der Außenminister Ugandas Jeje Odongo sagte: „Wir stellen den Geflüchteten Land zur Verfügung, auf dem sie leben und das sie bewirtschaften können; sie können sich frei bewegen, haben Zugang zu sozialen Dienstleistungen wie Bildung, können Unternehmen gründen und Arbeit finden." Er betonte, dass Geflüchtete mit Würde behandelt würden.

In der Tat wird den Geflüchteten in Uganda Land, auf dem sie wohnen und Feldfrüchte anbauen können, zugewiesen. In Norduganda haben die lokalen Gemeinschaften großzügig Land für die Ansiedlung von Geflüchteten zur Verfügung gestellt. Die Region ist eher arm und nicht sehr dicht besiedelt. In der westlichen Region hat die Regierung eigenes Land zur Verfügung gestellt. Die Geflüchteten bekommen aber nirgends genügend Land für eine kommerzielle Landwirtschaft.

Mehrere Faktoren haben zu Ugandas progressiver Haltung beigetragen. Gesetze von 2006 und von 2010 haben den Geflüchteten das Recht auf Arbeit sowie Bewegungs- und Versammlungsfreiheit zuerkannt. Dies hat die Lage der Geflüchteten enorm gestärkt, im Sinne der 2016 verabschiedeten New Yorker UN-Erklärung über Flüchtlinge und Migranten, die den Ansatz des „niemanden zurücklassen" betont. Das Hauptziel ist, die Verantwortung zwischen Aufnahme- und Herkunftsland zu teilen. Das soll den Druck auf Uganda verringern und sicherstellen, dass die Bedingungen im Herkunftsland verbessert werden, damit die Geflüchteten wieder zurückkehren und in Würde leben können.

Eine progressive Flüchtlingspolitik ist nur dann hilfreich, wenn sie wirksam umgesetzt wird. Die ugandische Regierung hat eine Abteilung für Geflüchtete eingerichtet. Sie ist unter anderem für das Comprehensive Refugee Response Framework (CRRF), das die Flüchtlingspolitik festlegt, mit einer 35-köpfigen Steuerungsgruppe zuständig. Die Abteilung plant und implementiert Maßnahmen und koordiniert die verschiedenen Ministerien. Auch der Privatsektor und zivilgesellschaftliche Organisationen werden einbezogen.

Ugandas Ansatz für Geflüchtete ist sowohl nuanciert als auch ganzheitlich. Die Koordinierung zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren verhindert isolierte Maßnahmen. Der aktuelle Nationale Entwicklungsplan der Regierung befasst sich ebenfalls mit Flüchtlingsfragen.

INTERNATIONALE UNTERSTÜTZUNG

Uganda ist ein Land mit niedrigen Einkommen. Seine Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten wird international unterstützt. Die Haltung der offenen Tür hat sich auch als vorteilhaft für Uganda erwiesen. Es erhält sowohl humanitäre Unterstützung als auch öffentliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA).

Foto: picture-alliance/AA/Nicholas Kajoba

In Anbetracht dessen, dass Uganda selbst damit kämpft, die Armut seiner Bürger zu verringern und grundlegende Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, sind die Mittel der Geber sehr wichtig. Sie kommen häufig sowohl den Geflüchteten als auch den lokalen Gemeinschaften zugute. So führt das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) ein Projekt durch, das den Aufbau einer lokalen Infrastruktur fördert, die allen Bewohnern einer Region zugutekommt. Auch die Weltbank bemüht sich um die Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene. Und die EU hat Uganda über einen Zeitraum von vier Jahren 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die Aufnahme von Geflüchteten hat aber auch Schattenseiten. Die Umweltschäden haben zugenommen. So ist beispielsweise die Nachfrage nach Brennholz gestiegen und trägt zur Abholzung der Wälder bei.

Die Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigen zudem die Landwirtschaft, und die Lebensmittelpreise steigen weltweit. Regelmäßig kommt es zu Konflikten um Ressourcen. Die Hilfsströme halten nicht mit dem Bedarf Schritt, und die flüchtlingsfreundlichen Programme Ugandas sind tendenziell unterfinanziert.

Nichtsdestotrotz setzt Uganda seine Politik der offenen Tür fort. Damit erweist es der internationalen Gemeinschaft einen Dienst. Menschen, die aus Krisengebieten ins Ausland fliehen, brauchen einen Ort, an dem sie in Würde leben können. Finden sie diesen nicht, verschärft das die globalen Probleme. Deshalb ist eine integrative Politik notwendig, die die besonderen Bedürfnisse von traumatisierten Menschen, die brutale Gewalt erlebt haben, berücksichtigt.

ROSELYN DAVINA VUSIA
arbeitet für die GIZ in Uganda. Sie ist stellvertretende Leiterin von RISE, einem Projekt, das darauf abzielt, integrative sozioökonomische Chancen für Flüchtlinge und die Gastkommunen zu schaffen (siehe Kasten).
roselyn.vusia@giz.de

Zunehmend selbstständige Frauen

Derzeit sind 52 Prozent der Flüchtlingsbevölkerung in Uganda Frauen und 29 Prozent Kinder. Nach den nationalen Statistiken wird einer von zwei Flüchtlingshaushalten von Frauen geführt. Der entsprechende Anteil für ugandische Haushalte liegt bei einem von drei. Dementsprechend sind viele Maßnahmen der Flüchtlingshilfe auf die Stärkung von Frauen ausgerichtet.

Die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) unterstützt Geflüchtete und Gastkommunen in sechs Distrikten des West-Nil-Gebiets, indem sie ihnen bei der sozioökonomischen Entwicklung hilft. Das Projekt wird vom Treuhandfonds der EU und dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kofinanziert.

Es ermöglicht den Zugang zu Finanzdienstleistungen und Märkten, bietet Kapazitätsaufbau und Qualifizierungsmaßnahmen. Ziel ist es, durch landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Aktivitäten Einkommen und Beschäftigung zu schaffen. Zu den außerlandwirtschaftlichen Aktivitäten gehören die landwirtschaftliche Verarbeitung, Marketing und Verpackung sowie die Gründung von Startups (KKMU – Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen).

Bis heute haben etwa 3000 Frauen eine Berufsausbildung erhalten, und mehr als 4500 Frauen sind Mitglieder von Bauerngruppen, die etwa in klimafreundlicher Landwirtschaft geschult wurden. Ungefähr die Hälfte der Projektteilnehmerinnen sind Geflüchtete, die andere Hälfte besteht aus Mitgliedern der Gastkommunen. Die Frauen haben ihre eigenen Selbsthilfegruppen gegründet, die wirtschaftliches Wachstum und Unterstützung ermöglichen. Andere erhalten psychosoziale Unterstützung von den Gruppen.

Der Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Schaffung eines Umfelds, das den Geflüchteten und den Gastkommunen Eigenständigkeit und Widerstandsfähigkeit ermöglicht. Es geht sowohl um Nothilfe als auch um langfristige Entwicklung. Die Ausbildung von sowohl Geflüchteten als auch Mitgliedern der Gastkommunen dient beiden Zwecken. Indem man sich an beide Gemeinschaften wendet, kann man eine Verschärfung der Ungleichheiten vermeiden. Bis zu einem gewissen Grad wirkt dies auch dem Problem des „Othering“ im Sinne einer aggressiven Identitätspolitik entgegen.

Die Erfahrung zeigt, dass dieser Ansatz Frauen ermutigt, aus ihrer traditionellen Rolle herauszutreten. In der Tat sind viele Frauen heute in männerdominierten Berufen tätig, etwa als Klempnerinnen, Tischlerinnen und Schweißerinnen/Metallarbeiterinnen. Für diejenigen, die sich in diese Berufe vorgewagt haben, ist es leicht, einen Arbeitsplatz zu finden. In traditionellen Frauenberufen wie Friseurin oder Schneiderin ist es dagegen schwieriger, einen Job zu finden. RV

Das GIZ-Projekt bietet Frauen eine Berufsausbildung an.

Foto: GIZ, Diana Tumuhairwe

Wertvolle Ökosysteme wie das Pantanal müssen besser geschützt werden. **Seite 4**

Foto: picture-alliance/blickwinkel/U. Walz